Wir geben der **Sicherheitswirtschaft** eine Stimme

CoESS – Verband der europäischen Sicherheitsdienstleister

Das Sicherheitskontinuum in der Neuen Normalität

6. Europäischer Sicherheitsgipfel

WHITE PAPER

Rom,
10. Oktober 2019

BDSW BUNDESVERBAND DER SICHERHEITSWIRTSCHAFT

FederSicurezza

CONFCOMMERCIO IMPRESE PER L'ITALIA

Inhaltsverzeichnis

Präambel 3

Vorwort 4

Kapitel 1 – Private Sicherheit in Europa: damals und heute 6

Kapitel 2 – Private Sicherheitsunternehmen in Europa – Herausforderungen und Chancen 14

Kapitel 3 – Das Sicherheitskontinuum 22

Kapitel 4 – Gemeinsam vorwärts für ein resilienteres Europa 32

Über die CoESS 36

Über die ASSA-i 37

Weiterführende Literatur 38

RA Luigi Gabriele
Präsident der FederSicurezza

E' ormai da tempo che sosteniamo con estrema convinzione il concetto di "filiera" della sicurezza privata: dall'impiantista a chi si occupa di antipirateria marittima o di sorveglianza dei centri per migranti, fino ai più moderni esperti di cyber security, parliamo di professionisti della sicurezza che, ciascuno per le proprie competenze, compongono un indotto in crescente evoluzione e che genera un forte valore sociale, sia pur spesso non adeguatamente riconosciuto.

In un contesto socio economico in cui le risorse pubbliche destinate agli uomini e ai mezzi delle Forze dell'Ordine scarseggiano, e a fronte dei sempre nuovi pericoli, fisici e virtuali, percepiti dalla collettività, la filiera della sicurezza privata rappresenta una componente fondamentale per rispondere a 360 gradi ad una domanda di sicurezza in costante evoluzione, dalla tutela del patrimonio e dal supporto nel controllo del territorio alle richieste di tutela della persona tout court e all'antiterrorismo.

Un sistema di sicurezza realmente integrato non può infatti prescindere da una complementarietà – e non da una sovrapposizione – tra sicurezza di emanazione statuale e imprese di sicurezza privata, e da una efficace sinergia tra capitale umano e tecnologia.

Le nostre risorse sono numericamente e qualitativamente pronte ad affrontare le sfide attuali e future, in accordo al progresso tecnologico ma senza mai dimenticare l'insostituibilità del fattore umano adeguatamente professionalizzato e valorizzato.

Sicurezza vuol dire professionalità, e più di ogni altra cosa riteniamo che sia proprio la "cultura" della sicurezza l'elemento imprescindibile sul quale lavorare.

L'interesse della "filiera" deve essere al primo posto, e possiamo perseguirlo solo se siamo compatti, specialmente a livello associativo.

Seit geraumer Zeit unterstützt die CoESS nachdrücklich das Konzept einer privaten „Sicherheitskette". Unabhängig von ihrer Funktion, ob es sich um Wachpersonal, Mitarbeiter im Einsatz gegen Piraterie, in Flüchtlingsunterkünften tätige Sicherheitsmitarbeiter oder Experten für Cybersicherheit handelt, sie alle sind hoch qualifizierte Sicherheitsexperten. Diese Mitarbeiter erbringen qualifizierte Dienstleistungen, die sich ständig weiterentwickeln, und schaffen einen hohen sozialen Mehrwert. Daher ist die CoESS der Meinung, dass ihnen mehr Anerkennung gebührt.

In einem sozioökonomischen Kontext, in dem öffentliche Mittel zum Schutz von Menschen und zur Durchsetzung von Recht und Gesetz immer knapper werden, in einem veränderten Gefahrenumfeld, sei es physisch oder virtuell, stellt die private Sicherheitswirtschaft ein Schlüsselelement dar. Nur mit Unterstützung der privaten Sicherheitswirtschaft ist es möglich, einer sich ständig weiterentwickelnden Nachfrage nach einem umfangreichen Sicherheitsangebot gerecht zu werden, das den Schutz von Vermögenswerten, Lebensräumen und Menschen sowie die Unterstützung des Anti-Terrorkampfes umfasst.

Ein vollständig integriertes Sicherheitssystem erfordert unbedingt eine Komplementarität, und keine Überlagerung, zwischen öffentlichen Sicherheitskräften und privaten Sicherheitsunternehmen, und verlangt außerdem nach einem effizienten Zusammenspiel zwischen Personal und Technologie.

Wir verfügen über erhebliche Ressourcen, und um sich den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen stellen zu können, müssen wir den technologischen Fortschritt integrieren und gleichzeitig die unschätzbare menschliche Komponente bewahren, die unserer Dienstleistung ihre Professionalität und ihren Wert verleiht.

Sicherheit bedeutet Professionalität und insbesondere – das wesentlichste Element – „Sicherheitskultur".

Die Interessen der „Kette" müssen Vorrang haben, und wir können dieses Ziel nur erreichen, wenn wir vereint bleiben, insbesondere auf Verbandsebene.

Vorwort

Marc Pissens
Präsident der CoESS

Das 6. White Paper mit dem Titel „Das Sicherheitskontinuum in der neuen Normalität“ befasst sich mit einem sehr wichtigen Thema. Es beinhaltet alle wichtigen Forderungen, die von der CoESS seit ihrer Gründung vor 30 Jahren gestellt wurden.

In den letzten fünf Jahren haben diese Forderungen noch mehr an Bedeutung gewonnen, vor allem durch die Terrorgefahr, die sich seit Mitte dieses Jahrzehnts weiter verschärft hat. Dadurch, dass öffentliche Räume zur Hauptzielscheibe terroristischer Anschläge geworden sind, richtete sich die Sicherheitsdebatte auf einen Bereich, in dem viele öffentliche und private Interessengruppen sowie Bürger vertreten sind. Die Sicherung öffentlicher Räume unterscheidet sich stark vom Schutz kritischer Infrastrukturen, wie Flughäfen oder Kernkraftwerke. Die Verkehrsinfrastrukturen zu verbessern und gleichzeitig für die nötige Sicherheit zu sorgen ist beispielsweise schon herausfordernd genug. Den Bürgern tatsächliche Sicherheit (nicht nur einen Eindruck davon) in öffentlichen Räumen zu bieten, diese offen und zugänglich zu halten und gleichzeitig nicht den Eindruck zu erwecken, dass durch zu viel Polizei- oder sogar Militärpräsenz ein Angriff unmittelbar bevorsteht, ist keine leichte Aufgabe. Trotz aller Bemühungen der Behörden besteht in dieser „Neuen Normalität“ immer noch ein Restrisiko, und Terroranschläge werden leider weiterhin stattfinden. Deshalb müssen wir nicht nur verhindern, dass diese stattfinden – und Geheimdienste vereiteln in der Tat fast täglich Angriffe in Europa – sondern auch in der Lage sein, bei einem solchen Angriff richtig zu reagieren und uns so schnell wie möglich davon zu erholen.

In beiden Bereichen kann eine optimierte Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Regierungsbehörden und privaten Sicherheitsdienstleistern (PSD) helfen. In Europa sind zwei Millionen private Sicherheitskräfte tätig, davon 1,5 in der EU. Sie kommen an Orten zum Einsatz, an denen die Polizei nicht notwendigerweise und sicherlich nicht dauerhaft präsent ist. Das Potenzial dieser Millionen von Augen und Ohren zu nutzen ist eine Gelegenheit, die bereits eine Reihe von Ländern ergriffen hat, indem sie öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) und Vereinbarungen zum Informationsaustausch geschlossen haben. Dadurch soll die Widerstandskraft verbessert und dafür gesorgt werden, dass die Sicherheitskette keine Schwachstellen aufweist. Das ist die Bedeutung des „Sicherheitskontinuums“. Was die Interventionskapazität betrifft, sind Sicherheitsmitarbeiter die ersten in der Reaktionskette, und sie dürfen in Bezug auf die Art der Informationen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, nicht so behandelt werden wie die Öffentlichkeit. So müssen sie beispielsweise darüber informiert werden, dass die Bedrohungsstufe an einem bestimmten Ort erhöht wurde, um wachsamer zu sein und bei Gefahr entsprechend schnell reagieren zu können. Informationen müssen an sie weitergeleitet werden, wenn ein Angriff unmittelbar bevorsteht oder bereits stattfindet. Das ist heute selten der Fall, auch aufgrund fehlender Rechtsrahmen, die die ÖPPs und den Austausch von Informationen erleichtern.

> „Es ist eindeutig an der Zeit, die Zusammenarbeit zu vertiefen, im Interesse der Sicherheitsbehörden und privaten Sicherheitsunternehmen sowie für einen besseren Schutz der Gesellschaft im Allgemeinen.“

„Dadurch, dass öffentliche Räume zur Hauptzielscheibe terroristischer Anschläge geworden sind, richtete sich die Sicherheitsdebatte auf einen Bereich, in dem viele öffentliche und private Interessengruppen sowie Bürger vertreten sind."

Die allgemeine Professionalisierung der privaten Sicherheit, ihre Bereitschaft, einen positiven Beitrag zum Sicherheitskontinuum zu leisten, und der zunehmend technologische Aspekt der Sicherheitslösungen schaffen zum richtigen Zeitpunkt perfekte Voraussetzungen für eine verbesserte Zusammenarbeit. Wie im vorangegangenen CoESS-White Paper „The New Security Company" (Das neue Sicherheitsunternehmen) dargelegt, wird das Paradigma der statischen Sicherheitsmitarbeiter vs. Technologie nun durch optimierte Lösungen ersetzt, bei denen Sicherheitsmitarbeiter und Technologie ein Ganzes bilden, das größer ist als die Summe seiner Teile.

Es ist eindeutig an der Zeit, die Zusammenarbeit zu vertiefen, im Interesse der Sicherheitsbehörden und privaten Sicherheitsunternehmen sowie für einen besseren Schutz der Gesellschaft im Allgemeinen.

Um zu verstehen, wie diese Zusammenarbeit am besten aufgebaut, gepflegt und erfolgreich gestaltet werden kann, hat die CoESS europaweit Beispiele gesammelt, analysiert und bewährte Vorgehensweisen sowie Leitlinien zusammengestellt *(Kapitel 3)*. Dabei wird die Geschichte der Branche einer Bilanz unterzogen *(Kapitel 1)* und der Wandel, den unsere Gesellschaft und die Branche erleben, sowie die Maßnahmen, die erforderlich sind, um diesen Wandel zu bewältigen *(Kapitel 2)*, diskutiert. Kapitel 4 fasst dann die Verpflichtungen der CoESS und die Forderungen an die EU zusammen.

Seit Beginn der Menschheitsgeschichte ist der Mensch bestrebt, sich vor Gefahren und Bedrohungen zu schützen. Laut der Bedürfnispyramide von Abraham Maslow gelten Schutz und Sicherheit als Grundbedürfnisse, die unmittelbar auf die physiologischen Bedürfnisse folgen. Später, als der Mensch sesshaft wurde und Städte gründete, schützten sich die Gemeinden mit physischen Barrieren oder organisierten menschliche Sicherheitsorganisationen, zuerst privat und dann öffentlich. Heutzutage suchen wir zunehmend nach der besten Kombination aus Mensch und Technologie, um Vermögenswerte, Infrastrukturen und vor allem Menschen zu schützen, sei es zu Hause, bei der Arbeit oder im öffentlichen Raum. Zur nächsten Herausforderung für die private Sicherheit werden zweifellos Bereiche wie Künstliche Intelligenz, Big Data und Predictive Protection (vorrausschauender Schutz), Internet der Dinge und viele weitere Konzepte, die noch gar nicht erfunden sind, gehören, die Teil der sogenannten Augmented Security (erweiterte Sicherheit) werden.

Vor diesem Hintergrund, und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Sicherheit ein Grundrecht für jeden europäischen Bürger ist, muss auch die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Sicherheitsorganisationen vollständig mit dem Recht der Bürger auf Privatsphäre und Datenschutz im Einklang stehen. Deshalb ist es umso wichtiger, einen klaren Rahmen zu schaffen, der den Bürgern versichert, dass Sicherheit und Freiheit sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern ergänzen. Wir müssen die alten Strukturen abbauen, um uns den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen stellen zu können. Gemeinsam werden wir gegenseitiges Vertrauen aufbauen.

Kapitel 1

Private Sicherheit in Europa: damals und heute

Heute gibt es in Europa zwei Millionen private Sicherheitskräfte. Private Sicherheitsdienstleister (PSD) sind im Leben eines jeden Bürgers präsent: Sie führen Kontrollen an Flughäfen und Konzertsälen durch, sichern kritische Infrastrukturen und schützen Einkaufszentren und Privatbesitz. Aber die private Sicherheit hat schon immer eine wichtige Rolle beim Schutz von Bürgern und Unternehmen vor Kriminalität gespielt. Tatsächlich ist das Verständnis der öffentlichen Sicherheit als Monopol des Staates noch nicht alt, es stammt aus dem 19. Jahrhundert. Seitdem ist die private Sicherheit (wieder) ein wichtiger Akteur beim Schutz von Vermögenswerten, Menschen und Infrastrukturen geworden. In jüngster Zeit hat sich ihr Wirkungskreis erweitert, da ihr von oder in Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden neue Aufgaben überlassen wurden.

Die letzten zwei Jahrzehnte standen im Zeichen von Wirtschaftskrisen, technologischen Entwicklungen, sozio-politischen und demografischen Veränderungen. Sowohl die Anforderungen der Kunden als auch unser Sicherheitsumfeld haben sich sehr schnell verändert. Das ist die "Neue Normalität" der privaten Sicherheit. Als Reaktion auf einige dieser Veränderungen ist das Konzept des „Neuen Sicherheitsunternehmens" entstanden, das versucht, vom klassischen Paradigma der „personellen/statischen Bewachung vs. Technologie" zu einem „Sicherheitslösungsmodell" überzugehen.

Der größer werdende Bereich der von den PSDs erbrachten Leistungen, der sich in den verschiedenen Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Tempo ausgeweitet hat, inzwischen aber zur Realität und zum akzeptierten Konzept, bekannt als „Sicherheitskontinuum", geworden ist, erfordert, dass die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und PSDs auf eine Reihe allgemeiner Regeln zurückgreift und bestimmten Grundsätzen und Werten folgt. Dies ist die Voraussetzung für einen wirksamen globalen Sicherheitsrahmen, der seine Schutz- und Präventionsrolle voll ausfüllt und auf den sich alle Akteure verlassen können.

Private Sicherheit als historische Norm

Die Geschichte zeigt, dass die private Sicherheit viele Formen angenommen hat und immer dann weit verbreitet war, wenn die öffentliche Ordnung nicht vollständig durch den Staat gewährleistet werden konnte. So verabschiedete König Karl V. von Spanien 1518 eine Norm, um die Zerstörungen und Waldrodungen in den Bergen zu verhindern, damit den Städten Holz und Schutz für das Vieh nicht vorenthalten wurden. Sie legte fest, dass jede örtliche Gerichtsbarkeit eine Person ernennen sollte, die für die Überwachung und Kontrolle solcher Gebiete zuständig ist. Diese ersten „Waldaufseher" sind die Vorgänger der privaten Sicherheitskräfte von heute.

Das heutige Verständnis von öffentlicher Sicherheit geht nicht länger zurück als bis zur Französischen Revolution und Jean-Jacques Rousseaus *„contrat social"*[1], der Grundlage für öffentliche Ordnung und Recht. Durch den Gesellschaftsvertrag erhielten die Bürger (im Prinzip) Sicherheit und Bürgerrechte im Austausch für die Achtung der Souveränität des Staates. Bis dahin, und in Ermangelung einer tatsächlichen Strafverfolgungsbehörde, waren normale Bürger mit den Schutz- und Überwachungsaufgaben betraut. Wirklich effektive Polizeistrukturen gab es in vielen Ländern erst ab der Napoleonischen Zeit.

Der Anfang der privaten Sicherheitsunternehmen

Mit der industriellen Revolution kamen neue Formen der Kriminalität und Risiken für die öffentliche Ordnung zum Vorschein. Ende des 19. Jahrhunderts führten das Wachstum von Handel und Gewerbe sowie eine fortschreitende Urbanisierung zu einer Verwundbarkeit der öffentlichen Sicherheit und des Privateigentums durch Raubüberfälle und Einbrüche, nächtliche Aktivitäten und Kriminalität, eine Zunahme benachteiligter Regionen und eine „städtische Unordnung" – umfangreiche Herausforderungen, mit denen die normalen Polizeikräfte nicht alleine umgehen konnten.

[1] Danny Vandormael (2018): Pas de Panique. Brussels, Belgium.

So entstanden in Europa die ersten professionellen Nachtwächter.[2] Bereits in den 1850er Jahren richteten Hotels und Kaufhäuser wie *„Les Magasins du Louvre"* in Paris interne Sicherheitsdienste ein.[3] 1850 gründete der Schotte Allan Pinkerton in den USA die Pinkerton National Detective Agency, eine private Agentur für Sicherheitskräfte und Detektive. Pinkerton wurde berühmt, als er behauptete, einen Anschlag auf den neugewählten Präsidenten Abraham Lincoln vereitelt zu haben, der später während des Bürgerkriegs dessen Mitarbeiter für seine persönliche Sicherheit einstellte.[4] Das erste europäische private Sicherheitsunternehmen wurde bereits 1870 in Italien gegründet.[5] Die deutsche *„Hannoveraner Wach- und Schließ"* wurde 1901 gegründet und hatte in Zeiten einer boomenden Wirtschaft und steigender Kriminalitätsraten schnell eine erhebliche Zunahme von Aufträgen zu verzeichnen. Die Dienstleistungen, die diese Unternehmen durchführten, waren in erster Linie die Brandwache und die Bewachung von Eingängen und Toren.[6] Viele der heutigen Vorgänger der Branche wurden in dieser Zeit gegründet. Private Sicherheitsfirmen waren geboren.

Private Sicherheitsunternehmen heute

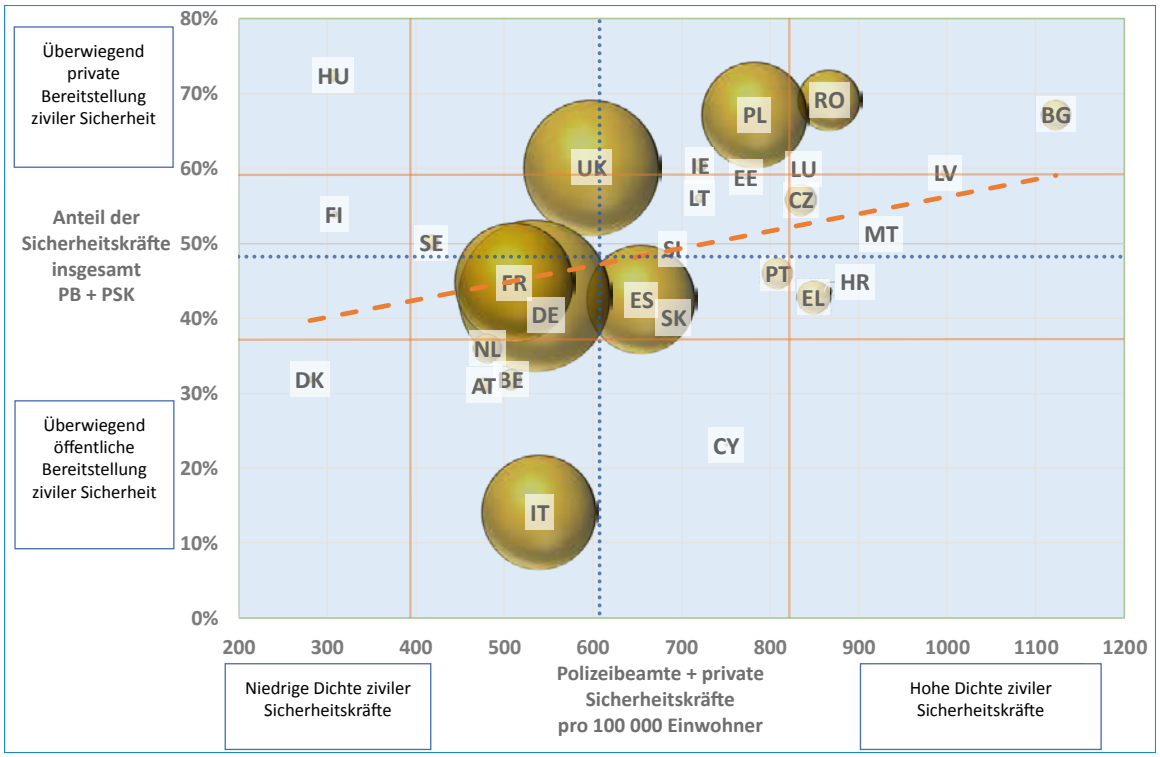
Nach den beiden Weltkriegen waren die europäischen Gesellschaften sehr einflussreichen Strömungen ausgesetzt: Globalisierung, Urbanisierung, demografischer Wandel, Klimawandel, die Entstehung des internationalen Terrorismus. Mehrere technologische Entwicklungsschübe und die digitale Revolution haben die Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit noch vielschichtiger gemacht, bieten der Branche aber auch neue Lösungen. Heute leben wir in einer Welt des ständigen Wandels – einer neuen Normalität mit zahlreichen Treibern für Veränderung *(siehe Kapitel 2)*.

Die private Sicherheit ist mit diesen Entwicklungen mitgewachsen. Sicherheit in Europa ist ohne die enormen Kapazitäten der Sicherheitswirtschaft mit ihren rund 2 Millionen lizenzierten Sicherheitskräften nicht mehr vorstellbar.[7] Die private Sicherung von öffentlichen Gebäuden und (kritischen) Infrastrukturen sowie Überprüfungs- und Sicherheitsdienste an Flughäfen, Fußballstadien und Konzertsälen sind heute für die meisten europäischen Bürger selbstverständlich und werden von ihnen voll akzeptiert.

Gleichzeitig wurden die Ausgaben für die öffentlichen Sicherheitskräfte zunehmend gekürzt: Das Wachstum des privaten Sicherheitssektors hat die öffentlichen Ausgaben für polizeiliche Dienste deutlich übertroffen. EU-weit liegt die Zahl der privaten Sicherheitskräfte knapp unter der Gesamtzahl der Polizisten[8], und im Vereinigten Königreich beispielsweise gibt es sogar mehr private Sicherheitskräfte als Polizeibeamte.[9] 2014 erreichte der Umsatz der privaten Sicherheitswirtschaft ein Drittel der öffentlichen Ausgaben für den Polizeidienst. Im Jahr 2000 war es noch ein Viertel.[10]

„Die Sicherheitswirtschaft in der EU mit ihren rund 2 Millionen lizenzierten Sicherheitskräften."

[2] Danny Vandormael (2018): Pas de Panique. Brussels, Belgium.
[3] Déborah Sellam: (2017): Evolutions et mutations de la sécurité privée – Une étude de différents modèles de regulation. Lyon, France.
[4] https://www.britannica.com/biography/Allan-Pinkerton
[5] http://www.cittadinidellordine.com/cdo_cittadini_ordine_storia.php
[6] Danny Vandormael (2018): Pas de Panique. Brussels, Belgium.
[7] Paul Baker, Andrea Broughton (2018): Anticipating, Preparing and Managing Employment Change in the Private Security Industry. Brussels, Belgium.
[8] Paul Baker, Andrea Broughton (2018): Anticipating, Preparing and Managing Employment Change in the Private Security Industry. Brussels, Belgium.
[9] Mark Button & Peter Stiernstedt (2018) : Comparing private security regulation in the European Union, Policing and Society, 28:4, 398-414, DOI: 10.1080/10439463.2016.1161624
[10] Paul Baker, Andrea Broughton (2018): Anticipating, Preparing and Managing Employment Change in the Private Security Industry. Brussels, Belgium.



Grafik: Paul Baker, Andrea Broughton (2018): Anticipating, Preparing and Managing Employment Change in the Private Security Industry. Brussels, Belgium.

Aufgaben des neuen Sicherheitsunternehmens

Auch wenn personelle Separat- und Revierwachdienste neben dem Transport von Wertsachen weiterhin das Fundament der Branche bilden, erweitert sich das Leistungsspektrum der PSDs: z. B. Veranstaltungssicherheit, Steuerung von Menschenmengen, Überwachung kritischer Infrastrukturen und des Verkehrs, Sicherheitsberatung und Training, Mitarbeiter-/Hintergrundüberprüfungen, Alarm- und Videosystemüberwachung (und Intervention), Integration von Sicherheitssystemen sowie Cybersicherheit. Darüber hinaus spielt die Technologie eine immer größere Rolle und verändert und erweitert diese Aufgaben und die Art und Weise, wie sie ausgeführt werden. Bereits 2015 veröffentlichte die CoESS ein White Paper zum Thema *„The new Security Company: integration of services and technology responding to changes in customer demand, demography and technology“ („Das neue Sicherheitsunternehmen: Integration von Dienstleistungen und Technologie als Reaktion auf Änderungen der Kundennachfrage, Demografie und Technologie“).* Hierin wird der laufende Paradigmenwechsel vom „Separatmitarbeiter“ hin zu einer Kombination von personellen und technischen Dienstleistungen beschrieben, die allgemein als „Sicherheitslösung“ bezeichnet wird.

Die heutige Herausforderung bei der Organisation der Sicherheit besteht darin, sich an das breitere Aufgabenspektrum der privaten Sicherheit anzupassen und eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und PSDs aufzubauen, um ein *Sicherheitskontinuum* zu erschaffen. Leider wurden in vielen Ländern die Vorschriften für die private Sicherheit noch nicht an diese Herausforderungen angepasst und vieles stützt sich noch auf Annahmen aus dem vergangenen Jahrhundert.

Regelung der privaten Sicherheitsunternehmen in Europa

Die CoESS und ihre Mitglieder stehen für eine Branche, die hohe Professionalität und Qualität bietet – von den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter bis hin zu einer exzellenten Ausbildung und dem Einsatz innovativer Technologien. Qualität geht natürlich einher mit höchsten Sicherheitsstandards bei Menschen, Vermögenswerten und Organisationen, und Compliance. Für das Umfeld, in dem die Branche tätig ist, ist es entscheidend, dass die Anbieter von privaten Sicherheitslösungen die höchsten Qualitätskriterien erfüllen.

Vor diesem Hintergrund hat die CoESS bei der Regulierung von privaten Sicherheitsunternehmen auf nationaler Ebene eine positive Entwicklung beobachten können. Hier einige Statistiken (basierend auf einer Umfrage in 34 europäischen Ländern):

- **Regulierung:** Für PSDs besteht in 31 europäischen Ländern Lizenzierungspflicht, für private Sicherheitskräfte in 28. In 31 Ländern wird die private Sicherheitswirtschaft durch branchenspezifische Gesetze geregelt.
- **Sozialer Dialog:** In rund 58 % der europäischen Länder gibt es branchenspezifisch verbindliche Tarifverträge für die private Sicherheitswirtschaft.
- **Überprüfung:** In 33 Ländern gehören ein sauberes Strafregister, Hintergrundüberprüfungen und/oder Empfehlungsschreiben zu den Einstellungsanforderungen für das operative Personal.
- **Rechte und Befugnisse:** In 26 der europäischen Länder verfügen private Sicherheitskräfte über die gleichen Rechte und Befugnisse wie jeder andere Bürger. In 8 sind sie mit darüber hinausgehenden Befugnissen ausgestattet.
- **Ausbildung:** In 33 europäischen Ländern sind private Sicherheitskräfte gesetzlich dazu verpflichtet, eine Grundausbildung zu absolvieren, wobei die Ausbildungsniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind.[11]

Anpassung der Gesetzgebung an die heutigen und zukünftigen Herausforderungen

Dennoch muss die Gesetzgebung die Zukunft im Blick haben und sich mit Fragen im Zusammenhang mit dem erweiterten Aufgabenbereich der Branche beschäftigen. Private und öffentliche Partner müssen dringend zusammenarbeiten und rechtssichere Rahmenbedingungen und Vorschriften entwickeln. Die Weiterentwicklung von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPPs) erfordert die Schaffung von Koordinations- und Kooperationsmodellen, die eine maximale Effektivität und Effizienz der allgemeinen Präventions-, Sicherheitsbereitstellungs- und Informationsaustauschbemühungen fördern.

Diese Forderung nach einer angepassten Regulierung ist nicht neu, im Gegenteil. Die Sicherheitsgesetzgebung ist ein lebendiger und sich entwickelnder Prozess, der regelmäßig an den aktuellen Stand der Dinge angepasst wird. Das ist beispielsweise in Frankreich zu beobachten: Seit den 1980er Jahren haben Terroranschläge auf öffentliche Räume, Verkehrsmittel und Gebäude zu einer erhöhten Nachfrage nach privaten Sicherheitsdienstleistungen und vor allem nach entsprechenden Gesetzen geführt – zum Beispiel in Bezug auf Aufgaben des Personenschutzes, der Flughafensicherheit und der Videoüberwachung von (kritischen) Infrastrukturen. Die Entlastung der Sicherheitsbehörden war schon immer ein wichtiges Ziel. Die Privatisierung der Flughafensicherheit war eine Reaktion auf die Kürzung der Staatsausgaben für die öffentliche Sicherheit, den Anstieg des zivilen Luftverkehrs und die Verschärfung der Flughafensicherheitsmaßnahmen aufgrund des Terrorismus.[12]

Die zweite Generation von Terroranschlägen Anfang der 2000er Jahre in Europa führte in vielen Ländern zu einer Erweiterung der privaten Sicherheitsdienstleistungen. Bereits die Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington D.C. waren ein ähnlicher Treiber für den Wandel in der privaten Sicherheitswirtschaft, was zu der Erkenntnis führte, dass die Organisation der öffentlichen Sicherheit und die Koordination zwischen öffentlichen und privaten Akteuren effizienter sein muss.

[11] CoESS (2013): Facts and Figures – Private Security in Europe 2013.

[12] Cédric Paulin (2015): « La sécurité privée à l'aune du terrorisme », Fondation pour la recherche stratégique, note n° 074/2015, 8 p.

Reaktion auf neue Schwachstellen in der öffentlichen Sicherheit

Heute kommt jedoch neu hinzu, dass wir mit den jüngsten Angriffswellen auf die öffentlichen Räume, vor allem in Europa, in eine neue Phase übergetreten sind, in der sich die Nachfrage nach privater Sicherheit bzw. ihr Einfluss in der Sicherheitskette noch weiter erhöht hat, was wiederum öffentlich-private Partnerschaften immer notwendiger macht. Private Präventivmaßnahmen werden immer stärker mit dem Kampf gegen den Terrorismus verknüpft und damit in Verbindung gebracht. Die private Sicherheit hat in der Praxis eine Verantwortung erhalten und übernommen, sich neben den Polizeikräften an dieser Arbeit zu beteiligen – aber der rechtliche Rahmen fehlt oft.[13]

Die aktuellen Sicherheitsherausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, sind beträchtlich und erfordern einschlägige Maßnahmen. Während Eurostat-Schätzungen zufolge die Zahl der registrierten Straftaten in der EU in den letzten Jahren in den meisten Kategorien gesunken ist (von 2008 bis 2016)[14], wird die europäische Gesellschaft immer wieder mit Terrorismus konfrontiert, vor allem von Dschihadisten, aber auch von Links- und Rechtsextremisten.[15] Zwischen 2004 und 2016 hat der Terrorismus die EU rund 185 Milliarden Euro an verlorenem BIP gekostet und die Kosten für die verlorenen Menschenleben, Verletzungen und Schäden an der Infrastruktur beliefen sich auf 5,6 Milliarden Euro.[16]

Die Zahl der gescheiterten, vereitelten und erfolgreichen Terroranschläge islamischer Extremisten in Europa stieg zwischen 2007 und 2017 um 725 Prozent, mit Anschlägen im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Spanien, Belgien, Schweden, Dänemark, den Niederlanden und Finnland. Seit 2014 hat allein Frankreich mehr als 250 Tote und über 2 000 Verletzte durch Terroranschläge mit dschihadistischem Hintergrund zu beklagen. Im Juni 2018 stellte das britische Strategiepapier zur Terrorbekämpfung „CONTEST“ fest, dass seit 2011 die Bedrohung durch den Terrorismus ständig zunimmt. Der Anti-Terror-Plan der französischen Regierung vom Juli 2018 bezeichnete die Bedrohung als „endogen, diffus, [und] allgegenwärtig.“[17]

Die aktuelle „Terroristengeneration“ greift sogenannte weiche Ziele im öffentlichen Raum an, die aufgrund ihrer Vielzahl und Beschaffenheit nicht von der Polizei alleine abgesichert werden können: Konzertsäle und Stadien (Paris 2015, Manchester 2017), öffentliche Versammlungen (Nizza 2016, Berlin 2016, Barcelona 2017, Straßburg 2018), Verkehrsnetze (Brüssel 2016, Istanbul 2016, Utrecht 2019), normale Supermärkte (Paris 2015, Hamburg 2017). Solche Terrortaktiken stellen die Polizei vor eine zentrale Herausforderung: Bedrohungen können überall sein, was theoretisch bedeutet, dass die Polizei auch allerorts Angriffe verhindern und die Bürger schützen muss.

Viele der Angriffe haben aufgrund der ausgelasteten Polizeikapazitäten zu einer erhöhten Militärpräsenz auf den Straßen geführt, insbesondere in Ländern wie Frankreich und Belgien, die unlängst von Terroranschlägen heimgesucht wurden. Aber solche Kontroll- und Überwachungsaufgaben gehören nicht zu den Kernaufgaben der Streitkräfte. Sie wurden für den Einsatz in Krisengebieten und Kriegsschauplätzen ausgebildet. Gleichzeitig liegt die Bedrohung in Großbritannien, Frankreich und Belgien seit mehreren Jahren konstant auf der zweithöchsten Gefahrenstufe – ein untragbarer Zustand für die bereits überlasteten Polizei- und Streitkräfte. Aber noch schlimmer ist, dass dadurch die Polizei in eine Lage gedrängt wird, in der ihre Stärken nicht zur Geltung kommen und sie dadurch keine Aufklärungsarbeit, (bewaffnete) Interventionen und Strafverfolgungsaufgaben durchführen kann, für die sie ausgebildet wurde und Sonderrechte besitzt.[18] Mit weniger öffentlichen Mitteln mehr zu erreichen, ist auf Dauer unzumutbar.

[13] Cédric Paulin (2015): « La sécurité privée à l'aune du terrorisme », Fondation pour la recherche stratégique, note n° 074/2015, 8 p.

[14] Eurostat Crime Statistics. Erhältlich unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Crime_statistics (besucht im Mai 2019)

[15] Europol (2018): European Union Terrorism Situation and Trend Report 2018. Unter: https://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-terrorism-situation-and-trend-report-2018-tesat-2018 (besucht im Mai 2019)

[16] European Parliament Research Service (2019): Cost of non-Europe in the area of freedom, security and justice. Unter: http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/631730/EPRS_BRI(2019)631730_EN.pdf (besucht im Mai 2019)

[17] Europol (2018): European Union Terrorism Situation and Trend Report 2018. Unter: https://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-terrorism-situation-and-trend-report-2018-tesat-2018 (besucht im Mai 2019)

[18] Danny Vandormael (2018): Pas de Panique. Brussels, Belgium.

Private Sicherheit als ergänzende Unterstützung der Polizeikräfte

Hier kommt die private Sicherheit ins Spiel. Es geht nicht um einfaches Outsourcing, sondern um sich ergänzende und pragmatische Lösungen, die ein höchstmögliches Maß an öffentlicher Sicherheit zum Ziel haben. Die private Sicherheit kann polizeiliche Ressourcen entlasten, sodass sich die Polizeikräfte auf komplexe Aufgaben konzentrieren können, für die sie ausgerüstet und ausgebildet sowie mit Sonderrechten ausgestattet sind – zum Beispiel bei der Terrorismusbekämpfung.

Öffentliche Kräfte haben eine immer größer werdende Zahl von Präventivaufgaben übernommen, die nicht zu ihren Kernaufgaben gehören sollten. Dazu zählt die Bewachung von Gebäuden und Ministerien wie auch Polizeistationen und Militärbasen. Bei der Entscheidung, PSDs oder die Polizei zur Erfüllung von Aufgaben auszuwählen, werden mehrere Faktoren berücksichtigt: Die Kosteneffizienz spielt natürlich eine Rolle, aber auch die spezifische Ausbildung und der Schwerpunkt des Auftrags müssen bedacht werden. So ist beispielsweise an Flughäfen die Kontrolle von Passagieren und Gepäck zu einer sehr speziellen Aufgabe geworden, die nicht mehr von Polizisten durchgeführt werden muss. Wenn Präventions- und Schutzaufgaben von der privaten Sicherheit – unter entsprechender Regulierung und strenger öffentlicher Aufsicht – übernommen werden können, ist es eine Entscheidung des Staates, ob sie dies auch tun. Nur weil Aufgaben delegiert und verteilt werden, bedeutet es nicht, dass die öffentlichen Kräfte die Kontrolle über die öffentliche Sicherheit verlieren. Die Aufsicht über die Tätigkeit von PSDs kann mittels Verträgen und Meldeverfahren klar definiert werden.

Es ist wichtig, anzuerkennen, dass die private Sicherheit über jahrzehntelange Erfahrung bei der Sicherung von Vermögenswerten verfügt. Dazu zählen kritische Infrastrukturen, Veranstaltungen und (halb-)öffentliche Räume. Darüber hinaus investieren die Unternehmen fortwährend in die Zukunft, einschließlich der Ausbildung des Personals und der Anwendung modernster Technologien, um die besten und geeignetsten Sicherheitslösungen anbieten zu können. Neue Risiken werden von ihnen ständig bewertet, um die Widerstandsfähigkeit in einem sich ständig wandelnden Bedrohungsumfeld zu verbessern. Sicherheitsbehörden haben nicht den gleichen Druck und sind den Marktbedürfnissen nicht so ausgesetzt wie PSDs. Gleichzeitig bietet Technologie zusätzliche Möglichkeiten für eine bessere Koordination und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Sicherheitskräften – zum Beispiel, wenn es darum geht, der Polizei den Zugriff auf Videoüberwachungsaufnahmen zu ermöglichen.

Das neue Sicherheitskontinuum

Seit ihrer Gründung fordert die CoESS eine umfassendere, komplementärere und kooperativere Sicherheitskette zwischen öffentlicher und privater Sicherheit – einschließlich der entsprechenden Regelung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sowie der Haftung und Qualitätskontrolle von PSDs auf nationaler Ebene. Es ist wichtig, dass die private Sicherheit und die Polizei nicht in einem künstlichen Wettbewerb miteinander stehen und sie sich stattdessen als Partner sehen, die Informationen innerhalb eines festgelegten Rechtsrahmens austauschen, der die Privatsphäre und Vertraulichkeit der Daten unter Berücksichtigung der Datenschutz-Grundverordnung achtet und schützt. Private Sicherheitskräfte führen eine wichtige Reihe von präventiven Einsätzen durch und stellen ein nicht ausgeschöpftes Potenzial dar, das von der Polizei besser genutzt werden könnte. Ebenso müssen sie sich der Gefährdungs- und Bedrohungsentwicklungen bewusst sein, um Schutzaufgaben effektiv durchführen zu können. Zum Beispiel haben in Brüssel im März 2016 die im städtischen Nahverkehr tätigen PSDs zeitgleich mit der Bevölkerung erst über die Medien von den Flughafenangriffen erfahren. Eine Stunde später explodierte in einer U-Bahn-Station eine weitere Bombe. Für eine verbesserte Prävention und Reaktion wäre es notwendig, einen Kommunikationskanal für dringende Informationen von Sicherheitsbehörden zu PSDs und umgekehrt einzurichten. Zur Sicherung von Veranstaltungen wie internationale Regierungstreffen, Fußballspielen und Konzerten bestehen in einigen Ländern bereits effektive ÖPPs. Daraus könnten bewährte Verfahren abgeleitet werden.

Jeder wirksame europäische Regulierungsansatz muss auf nationaler Ebene beginnen. Es geht darum, wirksame Modelle für ÖPPs und die Regulierung der privaten Sicherheit zu identifizieren, die einen strengen Rahmen bilden, der die Professionalität und Qualität von privaten Sicherheitsdienstleistungen garantiert, ohne die Entwicklung der Branche und die unternehmerische Freiheit zu beeinträchtigen. Langfristig hoffen wir, dass dies zur Bestimmung eines ausgewogenen, abgestimmten, effizienten und branchenfreundlichen europäischen Rechtsrahmens zur Entwicklung der Branche führt. Dieser Aufruf ist alles andere als neu und kommt nicht nur von der CoESS. In einer Empfehlung des Europäischen Rates

vom 13. Juni 2002 über die Zusammenarbeit zwischen den für den privaten Sicherheitssektor zuständigen nationalen Behörden wurde bereits zur Kooperation und Kollaboration im Hinblick auf den Informationsaustausch im Einklang mit dem nationalen Recht aufgefordert. Dazu hätte alle zwei Jahre ein Treffen der für den privaten Sicherheitssektor zuständigen nationalen Behörden stattfinden müssen. In 17 Jahren fand nur einmal ein solches Treffen in einem informellen Rahmen statt – auf Antrag der CoESS –, und zwar während des 4. Sicherheitsgipfels in Stockholm (2013).

Dank des proaktiven Engagements der privaten Sicherheitswirtschaft in dieser Angelegenheit gibt es jedoch vorbildliche Beispiele auf nationaler Ebene: In Belgien wurde die Branche durch die, in der EU jüngste, nationale Regelung mit eindeutig mehr Kompetenzen ausgestattet, die auch dem neuen Sicherheitsumfeld, in dem wir leben, entsprechen. Das ist ein Beweis für die Bedeutung und Anerkennung von ÖPPs.

Ausgewählte bewährte Verfahren werden in Kapitel 3 dieses White Papers erläutert.

CoESS: Errungenschaften und der Weg in die Zukunft

Die CoESS wird weiterhin versuchen, das Verständnis für die private Sicherheit auf europäischer Ebene zu fördern und die Wichtigkeit von ÖPPs in der neuen Normalität hervorzuheben. Seit der Dienstleistungsrichtlinie 2006 hat die CoESS einen langen Weg zurückgelegt, als sie erfolgreich darauf hingewiesen hat, dass es aus Gründen der öffentlichen Sicherheit unerlässlich ist, die private Sicherheit aus diesem Text auszuschließen. Aus vielen guten Gründen bleibt interne Sicherheit in der alleinigen Zuständigkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die inneren Sicherheitsarchitekturen aus komplexen historischen, gesellschaftlichen und politischen Kontexten heraus entstanden sind, an die sich die PSDs angepasst haben – zum Beispiel hinsichtlich der Ausbildungs- und Qualitätsanforderungen sowie Kompetenzen der privaten Sicherheitskräfte. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die nationalen Sicherheitsbehörden weiterhin Einfluss auf diese „Sicherheitsarchitekturen“ haben.

Für viele Jahre stand das Thema Sicherheit nicht besonders weit oben auf der europäischen Agenda. Seit Anfang der 2000er Jahre hat sich dies durch die zunehmende Zahl von Terroranschlägen und die Entwicklung der internationalen Kriminalität geändert. Die CoESS hat hier als Partner proaktiv zur Arbeit der EU beigetragen und sich für den Austausch bewährter Praktiken zwischen den Ländern eingesetzt – sowohl in Bezug auf die Gesetzgebung als auch in Bezug auf die Entwicklung von Bedrohungen und Lösungen. Die CoESS ist Teil von 16 offiziellen EU-Expertengruppen bei der Europäischen Kommission, darunter das EU Operators Forum zum Schutz öffentlicher Räume. Im Jahr 2017 wurde die Generaldirektorin der CoESS, Catherine Piana, eingeladen, eine Rede vor dem Sonderausschuss Terrorismus des Europäischen Parlaments zu halten. Dank einiger EU-Förderprojekte und diverser Arbeitspapiere unserer Experten aus ganz Europa liefert die CoESS der europäischen Sicherheitsgemeinschaft regelmäßig neue Lösungen und Forschungsergebnisse – zuletzt darüber, wie man mit Insiderbedrohungen bei kritischen Infrastrukturen umgeht (weitere Informationen finden Sie unter help2protect.info).

Zusammen mit ihrem Sozialpartner UNI Europa hat die CoESS ein Bestbieter-Handbuch für die öffentliche Auftragsvergabe an PSDs sowie einen Überblick über die Treiber erstellt, die die Branche und die Arbeitnehmer jetzt und in Zukunft beeinflussen *(siehe Kapitel 2)*.

Die Arbeit der CoESS auf ISO- und CEN-Ebene ist Teil der allgemeinen Strategie der Branche, die Qualität zu betonen und auf den Mehrwert aufmerksam zu machen, den PSDs für die gesamte Sicherheitswertschöpfungskette bieten. Die CoESS hat beispielsweise den Vorsitz im Europäischen Komitee für Normung – CEN Standard TC 439 „Private Sicherheitsdienstleistungen“ - inne.

Die Werte der privaten Sicherheitswirtschaft – Qualität, Sicherheit, Compliance und Vertrauen – stehen im Mittelpunkt aller Aktivitäten der CoESS, um die heutigen Herausforderungen an die öffentliche Sicherheit und die Treiber des Wandels zu bewältigen. Der nächste Schritt ist die Bildung eines effektiven Sicherheitskontinuums: eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Politikern, Sicherheitsbehörden und der Öffentlichkeit.

Bei der Sicherheit gilt ein geläufiges Sprichwort: „Die Sicherheitskette ist so stark wie ihr schwächstes Glied“. Mit einem effektiven Sicherheitskontinuum können die private Sicherheit und die Sicherheitsbehörden sicherstellen, dass es kein schwaches Glied gibt. Um mehr über unsere Aktivitäten zu erfahren, besuchen Sie **www.coess.org**.

Kapitel 2

Private Sicherheitsunternehmen in Europa – Herausforderungen und Chancen

Der Inhalt dieses Kapitels stammt hauptsächlich aus dem Bericht des Projekts „Anticipating, Preparing and Managing Employment Change in the Private Security Industry“, das von der CoESS und UNI Europa durchgeführt und von der EU im Jahr 2018 finanziert wurde. Einige Teile daraus wurden an dieses White Paper angepasst und bringen einen konkreteren Standpunkt zum Ausdruck als im Bericht.

Wie andere Sektoren auch sieht sich die private Sicherheitswirtschaft mit einer Reihe von „Megatrends“ konfrontiert, die das wirtschaftliche, gesellschaftliche und technologische Umfeld, in dem die Branche tätig ist, radikal verändern. Die vielen Treiber – ob Digitalisierung, demografische Entwicklung und Migration oder ein sich veränderndes Umfeld von Sicherheitsbedrohungen (z. B. durch Radikalisierung und Terrorismus oder Organisierte Kriminalität) – werden zweifellos zu vielen verschiedenen disruptiven Veränderungen im Geschäftsumfeld für private Sicherheitsanbieter führen, sowohl in Bezug auf die Verschiebungen in der Marktnachfrage als auch hinsichtlich ihrer Geschäftsmodelle und -abläufe.

Die private Sicherheitswirtschaft steht vor einer Reihe von aktuellen und zukünftigen Herausforderungen:

- Beschleunigung der Integration von traditioneller Vor-Ort-Überwachung mit Fern- und mobiler Bewachung, unterstützt durch neue technologische Lösungen.
- Bewältigung des demografischen Wandels und der Alterung der Belegschaft.
- Gewinnung und Bindung junger Menschen für die private Sicherheitswirtschaft.
- Anpassung an die Änderungen der Zusammensetzung des Tätigkeitsfelds, da einige „Aufgaben“ verschwinden und neue hinzukommen.
- Anpassung an einen größeren Aufgabenbereich der privaten Sicherheit und an die zunehmende Dimension öffentlich-privater Partnerschaften, um Bürgern und Unternehmen Sicherheit zu bieten.

Wirtschafts- und Beschäftigungssituation des privaten Sicherheitssektors

Allgemein hat sich für die gesamte Branche in Europa das Umsatzwachstum nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 deutlich verlangsamt, während die Gesamtbeschäftigung zwischen 2009 und 2015 stagnierte. Die jüngsten verfügbaren Daten und Zahlen deuten jedoch auf ein Wiederaufleben des Wachstums hin, das mit der Erholung der gesamtwirtschaftlichen Situation einhergeht. Branchenquellen berichten von leichten Engpässen auf dem Arbeitsmarkt, da Unternehmen Schwierigkeiten haben, genügend Arbeitskräfte einzustellen und zusätzliche Mitarbeiter mit dem richtigen Qualifikationsprofil zu finden.

Die verfügbaren Eurostat-Daten für Sicherheits- und Ermittlungsaktivitäten im weiteren Sinne (NACE 80)[19] zeigen deutliche Unterschiede in der Altersstruktur der Arbeitskräfte in den EU-Mitgliedstaaten, wobei viele mittel- und osteuropäische Länder, die baltischen Staaten, Deutschland und das Vereinigte Königreich einen hohen Anteil älterer Mitarbeiter in der Belegschaft aufweisen. Künftig könnten diese Länder einem zunehmenden Rekrutierungsdruck ausgesetzt sein, der dann entsteht, wenn ältere Arbeitnehmer, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, ersetzt werden müssen. Im Gegensatz dazu machen jüngere Altersgruppen im Nordwesten Kontinentaleuropas (einschließlich Skandinavien) und Frankreich typischerweise einen höheren Anteil der Arbeitskräfte aus. Bei der Geschlechterzusammensetzung dominieren in der privaten Sicherheitswirtschaft die männlichen Arbeitnehmer, wobei der Anteil der weiblichen Sicherheitskräfte in Europa nur auf etwa 15 % geschätzt wird.

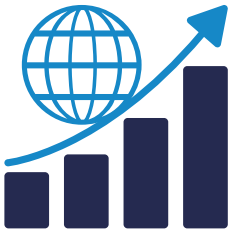
[19] NACE 80 umfasst private Sicherheitsdienste (NACE 80.1), Dienstleistungen für Sicherheitssysteme (NACE 80.2) und Ermittlungsdienste (NACE 80.3). Innerhalb der EU28 machen private Sicherheitsdienste (NACE 80.1) 80 bis 85 % des Gesamtumsatzes im Bereich der Sicherheits- und Untersuchungsdienste (NACE 80) aus.

Übersicht über die Treiber des Wandels

Im Rahmen des Projekts „Anticipate Change“ wurden die wichtigsten Trends – oder Treiber des Wandels – die einen Einfluss auf die private Sicherheitswirtschaft in Europa haben könnten, in die folgenden Kategorien eingeteilt:

- Globale Bedingungen: Globalisierung und Umwelt.
- Demografie, Migration und Urbanisierung.
- Technologie.
- Gesellschaftliche Faktoren: Kriminalitätsrate, Sicherheitsbedrohungen und öffentliche Wahrnehmung.
- Erweiterung der Domäne der privaten Sicherheit.

In den letzten Jahrzehnten wurde die **Globalisierung** durch eine Kombination aus Handelsliberalisierung und dem Wachstum der Schwellenländer sowie aufgrund technologischer Entwicklungen und sinkender Transportkosten vorangetrieben, die den Austausch von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften (Fertigkeiten), Kapital, Informationen und Daten erleichtert haben. Die Globalisierung mag Lieferketten effizienter machen, aber durch das Aufbrechen von Produktionsprozessen und die zunehmende geografische Streuung werden sie auch anfälliger für Störungen.

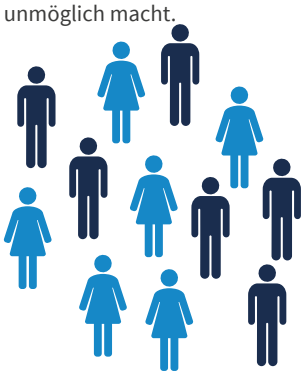


Es gibt eindeutige Beweise dafür, dass Treibhausgase den **Klimawandel** verursachen und sowohl unvorhersehbare Veränderungen an der Umwelt vorantreiben als auch die Widerstandsfähigkeit natürlicher und künstlicher Systeme weiter belasten.[20] Aufgrund der negativen Auswirkungen von Klimawandel und Naturkatastrophen kann es zu einem Anstieg der Flüchtlings- und Migrantenströme kommen, und die Regierungen werden vor großen Herausforderungen stehen, wenn es darum geht, die richtigen Anpassungs- und Minderungsstrategien zu finden.

Europa ist mit einer **alternden Bevölkerung** konfrontiert, da die Lebenserwartung steigt und die Geburtenraten sinken. Sich verlagernde Abhängigkeitsquoten werden den Druck auf soziale Institutionen, Unternehmen und Volkswirtschaften erhöhen. Gleichzeitig müssen sich Unternehmen und Arbeitnehmer auf ältere Arbeitskräfte und potenziellen Arbeitskräftemangel einstellen. Der Druck auf die Rentensysteme kann dazu führen, dass die Menschen länger arbeiten müssen, was wiederum bedeutet, dass die Arbeitsmarktbeteiligung gefördert und ältere Arbeiter ermutigt werden müssen, die Fähigkeiten zu erwerben, die für eine aktive und produktive Teilnahme an der Arbeitswelt erforderlich sind.

[20] KPMG (2013), ‘Future State 2030: The global megatrends shaping governments’. Verfügbar unter: http://www.kpmginstitutes.com/content/dam/kpmg/governmentinstitute/pdf/2013/future-state2030.pdf

Die **Zuwanderung** könnte eine mögliche Lösung für Europas alternde Bevölkerung sein. Der Integrationsprozess von Einwanderern ist jedoch ein höchst umstrittenes politisches Thema mit klaren Grenzen zwischen denen, die in der kontrollierten Zuwanderung von Fachkräften eine Möglichkeit sehen, um höhere Sozialausgaben zu decken, und denen, die bei übermäßiger Zuwanderung die soziale Stabilität für bedroht halten. Es ist aber auch so, dass die Immigranten selbst altern und sich ihre Geburtenraten schnell an die der Gesamtbevölkerung angleichen werden. Daraus lässt sich schließen, dass die Zuwanderung das Problem der alternden Bevölkerung nur verzögern, aber nicht lösen kann. Die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Einwanderern ist auch mit Schwierigkeiten verbunden, insbesondere wenn sie aus Kriegsgebieten kommen, was ihren Eintritt in die private Sicherheitswirtschaft erschwert oder in bestimmten Fällen unmöglich macht.



„Seit 2008 leben ±75 % der EU-Bevölkerung in städtischen Gebieten."

Auch bei der **Urbanisierung** ist ein ansteigender Trend zu beobachten: Seit 2008 leben mehr als 50 % der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten. In Europa liegt dieser Anteil bei fast 75 %, obwohl es zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede in der Größe und räumlichen Verteilung der Stadtentwicklungen gibt. Dieser Trend dürfte sich jedoch fortsetzen, insbesondere wenn die Hauptstädte weiterhin ein so deutliches Bevölkerungswachstum vorweisen. Im Vergleich zu ländlichen Gebieten gelten Städte jedoch als anfälliger für Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus. Darüber hinaus wirkt sich die höhere Menschendichte auf die Infrastruktur- und Dienstleistungsanforderungen sowie auf den Bedarf und die Versorgung von Ressourcen aus. Außerdem sind hier viel mehr Menschen Naturkatastrophen und menschgemachten Katastrophen ausgesetzt.

Die ständigen Entwicklungen bei der **Sicherheits- und Informationstechnologie** erleichtern den Zugang zu Daten und schaffen Möglichkeiten für die Entstehung neuer Branchen und neuer Berufsbilder. Die Auswirkungen der neuen Technologien auf die Arbeitsmärkte und das Personal können sehr weitreichend sein. Auf der einen Seite haben die Entwicklungen in der Automatisierung und im maschinellen Lernen das Potenzial, Millionen Arbeitsplätze überflüssig zu machen. Das gilt vor allem – entweder ganz oder teilweise – für bestimmte Aufgaben, die heute noch von Arbeitern ausgeführt werden.

Infolgedessen könnten die Löhne von Geringqualifizierten in den entwickelten Ländern (die dem Abwärtsdruck seitens der Technologie und der globalen Konkurrenz durch Niedriglohnstandorte bereits ausgesetzt sind) eher unter Druck geraten. Gleichzeitig ermöglichen neue Technologien Innovationen am Arbeitsplatz, die das Arbeitsverhalten verändern; z. B. Heimarbeit, Co-Working-Büros und Telekonferenzen. Bei Arbeitnehmern, die nicht in der Lage sind, sich an diese neuen Anforderungen anzupassen, könnten sich die Beschäftigungsaussichten verschlechtern, entweder in Bezug auf die Anzahl oder die Qualität der verfügbaren Arbeitsplätze.

Schätzungen von Eurostat deuten darauf hin, dass die Zahl der **erfassten Verbrechen** in der EU in den meisten Kategorien in den letzten Jahren zurückgegangen ist.[21] Der Anstieg des Terrorismus und die Ängste der Öffentlichkeit vor möglichen Terroranschlägen auf öffentliche Räume und Veranstaltungen, wo private Sicherheitskräfte tätig sind, wirft wichtige Fragen zur potenziellen Gefährdung von privaten Sicherheitskräften durch terroristische Vorfälle und zu ihrer Rolle bei der Terrorismusbekämpfung im Rahmen von ÖPPs auf.

Die kürzlich veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage über die **Einstellung der Europäer zur Sicherheit**[22] zeigt einen deutlichen Rückgang des Anteils der Befragten, die die EU für einen sicheren Ort halten, von 79 % im Jahr 2015 auf 68 % im Jahr 2017. Im Mittelpunkt der Befürchtungen stehen Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Natur- und vom Menschen verursachte Katastrophen, Cyberkriminalität und die Sicherheit an den EU-Außengrenzen.

Wie in Kapitel 1 erläutert, ging die zunehmende Präsenz der privaten Sicherheit mit einer **Erweiterung des Leistungsumfangs** einher. Auch wenn die personelle Bewachung und die mobilen Streifendienste sowie der Geld- und Werttransport weiterhin das Fundament der Branche bilden, hat sich das Leistungsspektrum privater Sicherheitsunternehmen enorm erweitert. Eine komplexe Reihe von Faktoren beeinflusst die Möglichkeiten zur Ausweitung des Aufgabengebiets der privaten Sicherheit. Dazu gehört, dass die Bedürfnisse der Kunden und die Erwartungen der Bürger, auf kostenwirksame und effiziente Weise – bei gleichzeitiger Sicherstellung entsprechender Transparenz und Verantwortung – erfüllt werden.

Auswirkungen und Konsequenzen für die private Sicherheitswirtschaft

Im Hinblick auf die **Globalisierung** kann die private Sicherheitswirtschaft, in ihrer Rolle als regelmäßiger Unterstützer der Polizei – die in Zukunft an Bedeutung gewinnen könnte – stärker bei der Bewältigung der verschiedenen Instabilitäten und Folgen der Globalisierung einbezogen werden. Dies hängt mit der Ausweitung des Aufgabenbereichs der privaten Sicherheit zusammen, der in den Kapiteln 1 und 3 dieses White Papers besprochen wird.

Der **Klimawandel** kann zu einer stärkeren Konzentration der Bevölkerung in städtischen Gebieten führen, was wiederum die Nachfrage nach den Dienstleistungen der privaten Sicherheitswirtschaft in Hinblick auf die Steuerung von Menschenmengen, Veranstaltungsmanagement und andere Aufgaben der öffentlichen Ordnung erhöhen kann. Ebenso kann die Branche zur Steuerung von Flüchtlings- und Migrantenströmen herangezogen werden: In vielen Ländern ist sie an diesen Aktivitäten bereits beteiligt. Die Aufrechterhaltung von Versorgungsketten und Logistikaktivitäten könnte auch ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des privaten Sicherheitssektors werden.

Der **Wirtschaftsaufschwung hat, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß in den Ländern**, allgemein zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in ganz Europa geführt. Im privaten Sicherheitssektor dürfte ein hohes allgemeines Beschäftigungsniveau zu Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung in Ländern führen, in denen der Sektor hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeiten als weniger attraktiv angesehen wird. Bislang gibt es nicht viele Hinweise darauf, dass die wirtschaftliche Erholung auch einen deutlichen Lohnanstieg mit sich gebracht hat. Da es jedoch auf dem Arbeitsmarkt insgesamt ein hohes Maß an unfreiwilliger Teilzeitarbeit und atypischen Jobs gibt, könnte dies eine Gelegenheit sein, die Attraktivität des Sektors für potenzielle Arbeitnehmer deutlich zu erhöhen, vorausgesetzt, dass sich die private Sicherheitswirtschaft auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen konzentriert.

Die **Alterung der Bevölkerung** wirkt sich in vielerlei Hinsicht auf den privaten Sicherheitssektor aus. Hinsichtlich der Beschäftigung müssen bei älteren Arbeitnehmern womöglich die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsumgebung angepasst sowie der technologische Wandel berücksichtigt werden. Da die Arbeitnehmer aufgrund der Belastung auf das Rentensystem wahrscheinlich länger arbeiten müssen, muss die Branche darüber nachdenken, wie sie mit den Beschäftigten umgeht, die bereits Mitte 60 sind. Dafür zu sorgen, dass die älteren Arbeitnehmer die Fähigkeiten entwickeln, sich noch aktiv an diesem Sektor beteiligen zu können, wird eine der größten Herausforderungen sein. Gleichzeitig wird die Gewinnung von Nachwuchskräften mit den erforderlichen Fähigkeiten der Schlüssel zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels sein, aber auch der verstärkte Einsatz von Technologie und Automatisierung kann in gewissem Maße dabei helfen.

[21] Eurostat Crime Statistics. Erhältlich unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Crime_statistics (Mai 2019)

[22] European Commission (2017a), 'Special Eurobarometer 464b: Europeans' attitudes towards security'. Erhältlich unter: http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDet ail/instruments/SPECIAL/surveyKy/1569.

Der private Sicherheitssektor dürfte, wie es bereits in vielen Ländern der Fall ist, an vorderster Front bei der Steuerung des Zustroms von **Einwanderern** stehen und möglicherweise dazu beitragen, soziale Unruhen einzudämmen, die mit einem Anstieg der Zuwanderungsströme einhergehen. Dies wirft aber Fragen für die Branche auf. Sie muss beispielsweise dafür sorgen, dass die Sicherheitsmitarbeiter über die notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen, um die damit verbundenen Aufgaben erfüllen zu können. Die Sozialpartner haben viele dieser Fragen bereits in ihrer gemeinsamen Erklärung von 2016 über die Rolle des privaten Sicherheitssektors angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen in Europa angesprochen.

Die **Technologie** hat den privaten Sicherheitsbereich bereits erheblich beeinflusst: Die Fernüberwachung und der Einsatz von Drohnen und Robotern haben die Rolle und die Arbeit von Sicherheitsmitarbeitern verändert. Das Aufkommen neuer Technologien bietet der Branche sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Eine Herausforderung ist die mögliche negative Auswirkung auf das Beschäftigungsniveau. Darin liegt aber auch die Möglichkeit, dass die Technologie in der Lage sein könnte, einige der alltäglicheren und schlichteren Aufgaben dieser Branche zu übernehmen, sodass die Sicherheitsmitarbeiter frei sind, komplexere und interessantere Aufträge zu erledigen. Damit sich die Arbeitnehmer den neuen Aufgabenbereichen anpassen können, die sie möglicherweise zu erfüllen haben, müssen sie geschult werden. Wahrscheinlich werden die Mitarbeiter von routinemäßigen und automatisierbaren Aufgaben, wie beispielsweise Überwachungsaktivitäten, zu Aufgaben wechseln müssen, die die neuen Technologien ergänzen, aber in der Regel neu, komplexer und anspruchsvoller sind. Auch die Arbeitgeber und die Sozialpartner stehen vor Herausforderungen im Hinblick auf das sich verändernde Profil der Arbeitskräfte: Eine größere Zahl von Arbeitnehmern, deren Arbeitsinhalt aus technologiebezogenen Aufgaben besteht, kann zu einer neuen Struktur der Gehalts- und Karrierestufen in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen führen, um die Arbeitnehmer zu berücksichtigen, die einen anderen Hintergrund und andere Fähigkeiten vorzuweisen haben, als jene, die eher mit herkömmlichen Überwachungsaufgaben betraut sind.

Darüber hinaus gibt es noch offene Fragen, die im Zusammenhang mit der schweren und organisierten Kriminalität stehen, vor allem dazu, welche Rolle die neuen Technologien im Bereich der Cyberkriminalität spielen. Der allgemeine Rückgang der traditionellen Kriminalität kann bedeuten, dass die Nachfrage nach Bewachungsdienstleistungen zurückgeht: Ein geringeres Vandalismus- und Einbruchsrisiko führt möglichweise zu mehr Fernüberwachung, die anstatt eines Sicherheitsmitarbeiters vor Ort eingesetzt wird, was einen bestehenden Trend beschleunigt.

Die Zunahme **terroristischer Aktivitäten**, die öffentliche Räume und Veranstaltungen, bei denen private Sicherheitskräfte tätig sind, zum Ziel haben, wirft wichtige Fragen zur potenziellen Gefährdung des Sicherheitspersonals durch terroristische Vorfälle, aber auch zur möglichen Rolle von Sicherheitsdiensten im Rahmen von ÖPPs zur Terrorismusbekämpfung auf. Bei einem Terroranschlag im öffentlichen Raum wie eine große Unterhaltungsveranstaltung oder ein Flughafen sind Sicherheitskräfte meist als erstes vor Ort anzutreffen. Daher ist es äußerst wichtig, dass sie über die notwendige Ausbildung und Ausrüstung verfügen, um mit dieser Situation umgehen zu können.

Wie in Kapitel 1 dargelegt, wird es wichtig sein, dass Branchenvertreter aktiv in die Diskussion mit den Partnern aus dem öffentlichen Sektor einbezogen werden, um Fragen im Zusammenhang mit der **Ausweitung des Privatsektors** auf andere Bereiche zu klären und hierfür zutreffende Rechtsrahmen und Vorschriften zu entwickeln. Gleichzeitig erfordert die Weiterentwicklung von ÖPPs die Schaffung von Koordinations- und Kooperationsmodellen, die eine maximale Wirksamkeit und Effizienz der gesamten Sicherheitsversorgung unterstützen und gleichzeitig sicherstellen, dass die erbrachten Dienstleistungen den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger entsprechen.

Herausforderungen in den kommenden Jahren

Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen

- Sollte es nationale Mindeststandards geben? Die Sozialpartner sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass alle PSDs die gesetzlichen, sozialen, steuerlichen und administrativen Verpflichtungen einhalten und bei Nichteinhaltung gegebenenfalls Sanktionen verhängt werden. Gibt es bewährte Verfahren, die von einem Mitgliedstaat in einen anderen übertragen werden können?
- Zuverlässigkeitsüberprüfungen müssen schneller durchgeführt werden und es sollte EU-weit festgelegt sein, welche Informationen überprüft und wie oft die Überprüfungen aktualisiert werden. Dies ist besonders wichtig, um Insider-Bedrohungen zu erkennen und zu verhindern. Das für die Luftsicherheit eingerichtete System könnte hier als Vorbild dienen, auch wenn nicht alle Elemente eins zu eins auf andere Bereiche übertragen werden können.
- Online-Arbeits- und Rekrutierungsplattformen werden in Zukunft für die Branche wichtiger werden. Die CoESS befasst sich bereits intern mit diesem Thema und diskutiert es auch im Rahmen des Europäischen Sozialen Dialogs.
- Es muss sichergestellt werden, dass die Sicherheitsmitarbeiter bei der Ausübung ihrer Tätigkeit hinsichtlich ihrer Gesundheit und Sicherheit, ihrem Arbeitsumfeld und ihrer Ausrüstung angemessen geschützt und ausgestattet sind.

Qualifizierung

- Umschulung und Fortbildung könnten die Beschäftigungsfähigkeit der bestehenden Arbeitnehmer verbessern.
- Regelmäßige Auffrischungskurse für bestehende Führungskräfte und Sicherheitsmitarbeiter können dazu beitragen, mit den sich schnell entwickelnden Technologien, Risiken und Rechtsvorschriften Schritt zu halten.
- Jungen und neuen Arbeitnehmern sowie Personen, die aus anderen Bereichen in den Sektor einsteigen, sollte ein strukturierteres Training angeboten werden.
- Es ist notwendig, sich an neue Qualifikationsanforderungen anzupassen, einschließlich Technologie und sogenannte Soft Skills.
- Hinsichtlich der sozialen und persönlichen Kompetenzen (Soft Skills) könnten die Sozialpartner die Durchführbarkeit von E-Learning-Plattformen auf EU-Ebene prüfen. Eine Initiative von CoESS-Mitgliedern ist diesbezüglich online unter https://trainbrainsoft.jimdo.com/ verfügbar.
- Die Fähigkeiten, die für ein effektives Arbeiten an der Schnittstelle zwischen öffentlicher und privater Sicherheit erforderlich sind, müssen ermittelt und weiterentwickelt werden.
- Interkulturelle und generationsübergreifende Schulungen sowie Unterstützung und Stärkung der mentalen und körperlichen Gesundheit müssen ebenfalls weiter untersucht werden.

Steigerung der Attraktivität und Qualität der Branche

- Werbekampagnen könnten dazu beitragen, das Profil der Branche zu schärfen und die Arbeit von Sicherheitsmitarbeitern sowie das menschliche Gesicht dieses Berufs besser zu präsentieren. Dazu könnten auch Kampagnen gehören, die die Diversität des Personals in dieser Branche erhöhen. Einige große Branchenführer haben diesbezüglich ihre Kommunikation und Außendarstellung bereits angepasst.
- Es ist wichtig, ein Gleichgewicht zwischen Stabilität und Flexibilität zu schaffen, das sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber akzeptabel ist.
- Der Teufelskreis aus niedrigen Löhnen, niedrigen Kosten und niedriger Qualität muss durchbrochen werden.
- Die Branche muss die Möglichkeiten einer Diversifizierung der Belegschaft prüfen, z. B. indem mehr Frauen und Mitarbeiter mit unterschiedlichem ethnischem Hintergrund eingestellt werden.
- Die Rolle der privaten Sicherheit in der Gesellschaft muss gefördert werden.

Regulierungsreform und Funktionsweisen des Marktes

- Die Durchsetzung spezifischer Vergabevorschriften, bei denen die Kriterien des „Most Economically Advantageous Tender“ (MEAT) (das wirtschaftlich günstigste Angebot) vollständig eingehalten werden, muss fortgesetzt und intensiviert werden. Jeder private Sicherheitsdienst sollte auf der Grundlage der Qualität für mindestens 50 % der Qualitätskriterien ausgewählt werden und private Sicherheitsdienste für kritische Infrastrukturen sollten auf der Grundlage von mindestens 60 % der Qualitätskriterien ausgewählt werden.
- Die Förderung von Sozialklauseln und Klauseln zu Qualitätskriterien in öffentlichen Ausschreibungen muss ebenfalls fortgesetzt und intensiviert werden. Dies kann durch bestehende EU-Normen für Dienstleistungen (CEN TC 447) und private Sicherheit (CEN TC 439) ermöglicht werden, wie beispielsweise EN 16082:2011 (Airport Security) und EN 16747:2015 (Maritime/Port Security).
- Informations- und Aufklärungskampagnen für Kunden des öffentlichen und privaten Sektors, die möglichst auf der gemeinsamen Erklärung zur Richtlinie über die Vergabe und Durchführung öffentlicher Aufträge von 2014 und dem Bestbieter-Handbuch der Sozialpartner aufbauen, wären nützlich.
- Es sollte ein möglichst umfangreicher Austausch relevanter nationaler Rechtsvorschriften in englischer Sprache in den einzelnen Mitgliedstaaten organisiert werden, um nationale Umstände und Herausforderungen besser zu verstehen. Die CoESS hat hierzu eine „Rechtsmatrix“ entwickelt, um solche Informationen sammeln zu können.
- Es ist sicherzustellen, dass es einen Kontrollmechanismus oder eine Institution gibt, der/die das ordentliche Funktionieren des Wettbewerbs überprüft und, sofern notwendig, Regeln durchsetzt und bei Verstößen Sanktionen verordnet.

Umgang mit den technischen Herausforderungen

- Die CoESS, insbesondere ihr Arbeitskreis Bewachung, führt regelmäßig Brainstormings durch, um die anstehenden Herausforderungen und Chancen, die die Technologien bieten, einschließlich Fragen zur Cybersicherheit, zu bewerten und besser zu antizipieren.
- Die CoESS führt auch Leistungsvergleiche mit anderen Branchen durch.

Erweiterung des Aufgabenbereichs der Branche

- Die CoESS erfasst und sammelt kontinuierlich bewährte Verfahren von seinen Mitgliedern und unterbreitet in Kapitel 3 Vorschläge zu Leitlinien für ÖPPs, sowohl zum Schutz kritischer Infrastrukturen als auch zum Schutz öffentlicher Räume.
- Der nächste Schritt besteht darin, einen Dialog mit Spezialisten aus Sicherheitsbehörden und PSDs zu führen, um weitere konkrete Lösungen zu finden, die in der Praxis umgesetzt werden können.

Kapitel 3

Das Sicherheitskontinuum

Die vorangegangenen Kapitel und der Bericht des jüngsten (2017-2018) Projekts „Anticipating Change in Private Security Employment“, das von UNI Europa und der CoESS gemeinsam geleitet und von der EU gefördert wurde, haben festgehalten, dass sich der Aktionsradius der privaten Sicherheitswirtschaft weiter ausdehnt. Ein Wandel in der Gesellschaft verändert auch die Art und Weise, wie diese sich selbst beschützt. Zu den neuen Aufgaben der Branche gehören unter anderem Einsätze, die bisher von der Polizei und anderen Sicherheitssbehörden durchgeführt wurden und die innovative Leistungen von höchster Qualität erfordern. Für die Unternehmen, die diese Aufgaben durchführen, fordert die CoESS daher, dass bereits in der Vergabe- und Vertragsphase klare und strenge Qualitätskriterien vereinbart und eingehalten werden. Dies ist für die Aufrechterhaltung eines hohen Leistungsniveaus unerlässlich, es sorgt aber auch dafür, dass Behörden und Bürger diese Präventions- und Schutzaufgaben der privaten Sicherheitswirtschaft anvertrauen.

Außerdem erfordern die Bedrohungen und Schwachstellen sowohl der kritischen Infrastruktur als auch in jüngster Zeit der öffentlichen Räume oder der sogenannten „weichen Ziele“ dringend eine engere und effektivere Zusammenarbeit zwischen privaten Sicherheitsunternehmen (PSD) und Sicherheitsbehörden. Während öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) genutzt und Informationen zwischen Sicherheitsbehörden und PSDs schon seit mehreren Jahrzehnten informell ausgetauscht werden, erfordert das Sicherheitsumfeld der „neuen Normalität“, dass ÖPPs und der Informationsaustausch auf ein neues Qualitätsniveau gehoben werden. Die Zunahme der Terroranschläge seit 2004 in Europa hat die Einsicht verstärkt, dass PSDs zusätzliche Augen und Ohren bieten können, sofern diese angemessen informiert und ausgebildet sind, und somit die Informationsbeschaffung unterstützen und das Präventions- und Erfassungsvermögen von Sicherheitsbehörden stärken können, wie es in Kapitel 1 dieses White Papers aufgezeigt wird.

Daher ist es notwendig, die Vorgehensweise bei den ÖPPs so zu regeln, dass ein Sicherheitskontinuum erschaffen wird, d. h. ein aufeinander abgestimmtes und sich ergänzendes Sicherheitskonzept, das den Bürgern, den öffentlichen und privaten Vermögenswerten sowie der Infrastruktur dient. Während einige Elemente nur auf nationaler Ebene beschlossen werden können, sind zur Erreichung dieses Kontinuums eine gemeinsame Vorgehensweise, der Austausch bewährter Praktiken und in einigen Fällen auch der Einsatz von EU-Rechtsinstrumenten erforderlich.

Seit nunmehr 30 Jahren versucht die CoESS, die Gesetzgeber darauf hinzuweisen, dass die Qualitäts- und Compliance-Standards für die private Sicherheit im Allgemeinen erhöht werden müssen. Das trifft insbesondere auf die PSDs zu, die kritische Infrastrukturen schützen und/oder sich an ÖPPs beteiligen. Im Rahmen dieser Aufgabe hat die CoESS europaweit bewährte Praktiken zu den fortschrittlichsten und erfolgreichsten Formen der Zusammenarbeit gesammelt. Auf dieser Grundlage untersuchte die CoESS die Bestandteile der Beispiele, die zum Erfolg geführt haben. Diese Voraussetzungen sowie vorgeschlagene Leitlinien für ÖPPs und den Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden und PSDs werden in diesem Kapitel als Grundlage für weitere Diskussionen mit den Beteiligten angesprochen.

Zu den Beispielen, die herangezogen wurden, zählen die folgenden:

→ **Italien:** Das Innenministerium hat 2010 das Protokoll „Mille occhi sulla città“ (wörtlich: Tausend Augen auf die Stadt) für eine öffentlich-private Zusammenarbeit erstellt. Kriterien und Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten werden in den jeweiligen Vereinbarungen, die 2010 unterzeichnet wurden, genauer beschrieben. Diese wurden 2013 und 2019 ohne Änderungen erneuert.

→ **Vereinigtes Königreich:** Das im April 2004 ins Leben gerufene Projekt Griffin ist ein Pilotprojekt zwischen privaten Unternehmen, der City of London Police (CoLP) und der Metropolitan Police (MPS), an dem zunächst drei große Finanzinstitute aus der Stadt beteiligt waren. Ziel des Projekts ist eine engere Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und anderen Akteuren, einschließlich der PSDs, bei der diese über aktuelle Informationen, Taktiken und Verfahren zur Terrorismusbekämpfung unterrichtet werden. Mithilfe dieser erweiterten ÖPP sind die privaten Sicherheitskräfte in der Lage, als Augen und Ohren der Polizei zu fungieren und sie können bei Notfällen Unterstützung leisten. Seit der Einführung wurde Griffin national und international ausgeweitet und gilt heute als das effektivste und erfolgreichste Beispiel für eine ÖPP zu Sicherheitsfragen in der Terrorismusbekämpfung. Das Projekt läuft jetzt unter dem Namen ACT - Action Counters Terrorism.

→ **Niederlande:** Polizei und PSDs haben sich in verschiedenen Städten und Orten – einige davon sind öffentliche Räume, andere kritische Infrastrukturen – auf ein Protokoll zum Informationsaustausch geeinigt. Im Hafen von Rotterdam läuft beispielsweise das Projekt „Oog en Oor".

→ **Frankreich:** Sicherheitsvertreter unterzeichneten 2019 eine Vereinbarung, die den Austausch operativer Informationen zwischen Sicherheitsbehörden und privaten Unternehmen auf lokaler Ebene ermöglicht – was dem „Sicherheitskontinuum" Inhalt verleiht.

→ **Norwegen:** 2016 haben ein Osloer Polizeibezirk und der Verband Norwegischer Unternehmen (NHO Service) in einem Leitfaden verschiedene Kooperationsmodelle zwischen der Polizei und der Sicherheitswirtschaft dargelegt. Der Leitfaden definiert die Grenze zwischen den Aufgaben und Verantwortungsbereichen der Polizei und der Sicherheitswirtschaft und bietet ein Nachschlagewerk mit Lösungsvorschlägen und Maßnahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit.

→ **Spanien:** Seit fast einem Jahrzehnt haben die Sicherheitsbehörden mit dem privaten Sicherheitssektor Kooperationsprogramme in ihrem jeweiligen Kompetenzbereich etabliert (z. B. Red Azul bei der Policia Nacional und Programa Coopera bei der Guardia Civil), die alle auf gegenseitigem Informationsaustausch und Wechselseitigkeit basieren. Ähnliche Programme gibt es auf Ebene der baskischen und katalanischen Polizei.[23]

[23] Für weitere Informationen besuchen Sie: https://www.policia.es/org_central/seguridad_ciudadana/unidad_central_segur_pri/red_azul_presentacion.php and http://www.guardiacivil.es/es/servicios/seguridadprivada/colaborasegupriva/plancoopera/index.html

ÖPPs und Vergabe öffentlicher Aufträge

Eine ÖPP ist eine „Partnerschaft zwischen einer Regierungsbehörde und dem privaten Sektor bezüglich der Lieferung von Waren oder Dienstleistungen an die Öffentlichkeit“[24].

Dieses Konzept ist mit dem Bestbieter-Konzept zur Vergabe öffentlicher Aufträge verbunden. Im Einklang mit den Grundsätzen der Chancengleichheit der Bieter und des freien und fairen Wettbewerbs rufen die Behörden die Dienstleister auf, sich zu bewerben, und wählen auf der Grundlage vorab definierter Kriterien den besten Kandidaten aus, der den Auftrag gemäß dem Vertrag und den Vereinbarungen ausführt.

Die EU-Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Aufträge (Richtlinie 2014/24/EU) sind ein wichtiger Schritt bei der Festlegung von Kriterien für solche Aufträge und haben das so genannte MEAT-Prinzip (Most Economically Advantageous Tender) (das wirtschaftlich günstigste Angebot) eingeführt. Hierbei werden Auswahl- und Vergabekriterien vorgeschlagen, die auch qualitative, technische und nachhaltige Aspekte einer Ausschreibung berücksichtigen sollen. Diese Regeln gelten jedoch nur für öffentliche Vergaben und sind erst ab einem bestimmten Wert verbindlich. Darüber hinaus hatten nach Ansicht der CoESS die Mitgliedstaaten zu viel Handlungsspielraum, sodass sie die Ausschlusskriterien bestimmen konnten. Tatsächlich messen die meisten von ihnen dem Preis weiterhin viel mehr Gewicht bei als der Qualität, oft auf Kosten der sozialen Verantwortung und Sicherheit – doch dieser Ansatz kann dazu führen, dass Sicherheitslücken entstehen und dadurch die öffentliche Sicherheit insgesamt gefährdet wird. Aufgrund des aktuellen Bedrohungsbilds argumentiert die CoESS daher, dass Sicherheit nicht nur auf Grundlage des billigsten Bieters ausgewählt werden soll.

Um diese Lücke zu schließen und Qualität zu fördern, bekannt als „Best Value Procurement“ (Vergabe an den Bestbieter), haben die CoESS und UNI Europa, mit Unterstützung der EU, gemeinsam ein Handbuch erstellt, das den Auftraggebern hilft, PSDs auf Grundlage objektiver Qualitätskriterien auszuwählen. Dieses Handbuch ist in 14 Sprachen unter securebestvalue.org zu finden. Auf Initiative der Generaldirektion GROW der Europäischen Kommission wird auch mit CEN TC 447 ein interessantes Projekt entwickelt, um einen breiten Servicestandard zu entwickeln, der alle öffentlichen und privaten Aufträge abdeckt und das MEAT-Prinzip erweitert.

Außerdem arbeitet die CoESS seit mehr als einem Jahrzehnt aktiv daran, Standards zu entwickeln und aufrechtzuerhalten,[25] die dem Schutz kritischer Infrastruktursektoren, für die es bereits EU-Rechtsvorschriften gibt, Vorrang einräumen – nämlich Luftsicherheit und Hafensicherheit bzw. maritime Sicherheit. Seit drei Jahren arbeitet die CoESS aktiv innerhalb des CEN TC 439 (Private Sicherheitsdienstleistungen) an einem zukünftigen, allumfassenden Standard für private Sicherheitsanbieter, die kritische Infrastrukturen schützen, dem sektorspezifische Standards für kritische Infrastrukturen folgen werden. Dazu können die Bereiche Eisenbahn, Energie, Wasser und andere kritische Infrastrukturen gehören, je nach dem vom technischen Komitee (TC) festgelegten Prioritätsgrad.

Leider vergeben zu viele Auftraggeber – auch Regierungsorganisationen – immer noch nach dem niedrigsten Preis und ignorieren den Bestbieter-Ansatz, was in Bezug auf die Sicherheit, vor allem in unsicheren Zeiten wie heute, eine sehr riskante Entscheidung sein kann.

Deshalb fordert die CoESS jetzt einen strengeren Ansatz, bei dem die Qualität für jede Art von privater Sicherheitsdienstleistung mindestens mit 50 % gewichtet werden sollte, was in Spanien bereits dank der aktuellen Gesetzgebung der Fall ist, und mit 60 % für Sicherheitsdienstleistungen innerhalb kritischer Infrastrukturen.

[24] Quelle: Encyclopaedia Britannica www.britannica.com

[25] EN 15602:2008 – Private Security Services Terminology, EN 16082:2011 Airport and Aviation Security Services and EN 16747:2014 Maritime and Port Security Services

Voraussetzungen für erfolgreiche ÖPPs

Wie bereits erwähnt, wurden mehrere ÖPPs untersucht, um Rückschlüsse auf Erfolgsfaktoren zu ziehen. Die untersuchten Fälle umfassen sowohl kritische Infrastrukturen als auch öffentliche oder halb-öffentliche Räume, die bislang als „weiche Ziele“ bekannt waren. Ausgewählte Best Practice-Beispiele werden später in diesem Kapitel erläutert.

Die Erfolgskriterien und entsprechenden Handlungsempfehlungen haben wir nach den vier Kernwerten der CoESS gruppiert: Qualität, Sicherheit, Compliance und Vertrauen.

SICHERHEIT: Für ÖPPs sollten nur seriöse Unternehmen ausgewählt werden, damit der Schutz und die Sicherheit der Kunden und der Mitarbeiter des Dienstleisters gewährleistet sind.

- Sicherheitsmitarbeiter müssen gemäß den verschiedenen nationalen und gültigen Rechtsvorschriften ordnungsgemäß zugelassen sein.
- Die Arbeitsbedingungen müssen so sein, dass die Sicherheitsmitarbeiter gut ausgerüstet und geschützt sind.
- Die Sicherheitsmitarbeiter müssen gut ausgewählt und überprüft werden. Die Zuverlässigkeitsüberprüfungen sind inhaltlich nicht aufeinander abgestimmt und die von anderen EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Dokumente sind schwer zu authentifizieren. Darüber hinaus kann die Dauer der Überprüfung von Staat zu Staat sehr unterschiedlich sein und die meisten Regelungen für PSDs schreiben vor, dass die Sicherheitsmitarbeiter vor ihrer Ausbildung überprüft werden müssen.
- Die Sicherheitsmitarbeiter müssen für das Arbeitsumfeld, in dem sie tätig sein werden, angemessen geschult sein. Auf EU-Ebene sollten Mindestausbildungskriterien für Sicherheitsmitarbeiter festgelegt werden, die im Bereich Verkehr tätig sind, wo die grenzüberschreitenden Auswirkungen hoch sind.

COMPLIANCE: Unternehmen sollten sich strikt an Gesetze und Vorschriften halten und die vereinbarten Branchenstandards und Zertifizierungen einhalten.

- PSDs müssen sich an die geltenden Rechtsvorschriften für ihre spezifische Tätigkeit halten und sollten all ihren steuerlichen, sozialen und administrativen Verpflichtungen nachkommen.
- PSDs müssen sich an die Tarifverträge halten.
- PSDs müssen den europäischen Industrienormen (CEN) entsprechen, die von Experten der privaten Sicherheitswirtschaft und Normungsinstituten entwickelt wurden, und sich gegebenenfalls nach diesen Normen zertifizieren lassen. Normen und Standards, die von der Branche entwickelt wurden (hauptsächlich CEN 16082, 16747), sind den Interessenvertretern oftmals nicht ausreichend bekannt oder sie haben die Möglichkeit, diese zu ignorieren. Die Verpflichtung zur Einhaltung dieser Normen sollte im Rahmen der ÖPP festgelegt werden, damit nicht zertifizierte Unternehmen keine Angebote für private Sicherheitsdienstleistungen abgeben können. Bei Dienstleistungen für kritische Infrastrukturen sollte die Einhaltung der internationalen Norm ISO 9001 oder eines gleichwertigen Qualitätsstandards vorgeschrieben sein.
- Die Einhaltung der oben genannten gesetzlichen Verpflichtungen ist in einigen Fällen optional, dies sollte für Sicherheitsanbieter nicht möglich sein. Sicherheitsdienstleistungen sollten anders behandelt werden als andere Unternehmensdienstleistungen. Bei der Sicherheit handelt es sich um ein ganz besonderes Aktivitätsfeld – sie ist für die Aufrechterhaltung der Integrität der Gesellschaft mit all ihren Bestandteilen von entscheidender Bedeutung. Sie ist ein Wegbereiter, und doch wird sie immer noch zu oft als reine Ware oder Ausgabe gesehen.

QUALITÄT: Die Erbringung qualitativer hochwertiger Dienstleistungen und die Beauftragung von Sicherheitsanbietern auf Grundlage von Qualitätskriterien ist eine Voraussetzung, die für eine funktionierende ÖPP von großer Bedeutung ist und die Vertrauen zwischen den Interessengruppen schafft.

- Die CoESS und ihre Mitglieder sowie die Gewerkschaften sollen den Bestbieter-Ansatz gegenüber den relevanten Interessengruppen (z. B. mögliche öffentliche und private Kunden von privaten Sicherheitsdienstleistungen) fördern, sodass die PSD aufgrund von Qualitätsaspekten und nicht aufgrund des niedrigsten Preises ausgewählt werden.
- Derzeit werden Wirtschaftsverbände nicht systematisch konsultiert, um zu prüfen, ob die Ausschreibungen den Bestbieter-Grundsätzen entsprechen. Dies sollte sich ändern.
- Die Mitgliedstaaten sollen die Anwendung der MEAT-Kriterien bei Ausschreibungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit fördern und unterstützen. Die Qualität sollte bei jeder Art von privater Sicherheitsdienstleistung mit mindestens 50 % gewichtet werden, bei Sicherheitsdienstleistungen innerhalb kritischer Infrastrukturen sollten es 60 % sein. Dies erhöht die Einhaltung der Sicherheits- und Compliance-Kriterien von Unternehmen.
- Die EU sollte weiterhin sinnvolle und praxisorientierte Leitlinien hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen zur Bestbieter-Vergabe herausgeben, um öffentliche Auftraggeber zu professionalisieren und die Umsetzung der EU-Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe zu unterstützen. Der Leitfaden für eine innovationsfördernde Vergabe öffentlicher Aufträge war ein wichtiger erster Schritt. Die CoESS freut sich auf die Veröffentlichung des „Buying Social Guide“ der Europäischen Kommission und fordert die Kommission auf, die Sozialpartner in den Entwurfsprozess einzubeziehen.
- Nicht jedes Land führt einen Sozialdialog, die CoESS ermutigt die Mitglieder und Gewerkschaften, einen dynamischen Dialog zu führen und aufrechtzuerhalten – zum Beispiel damit bei der Vergabe privater Sicherheitsdienstleistungen auch soziale Mindeststandards und sozial verantwortliche Qualitätskriterien eingehalten werden.
- In vielen Ländern sind PSDs nicht in der Lage, im Falle eines Zwischenfalls eventuellen Ansprüchen Dritter nachzukommen, da es sich um Beträge handeln könnte, die den verfügbaren Versicherungsschutz übersteigen, was dazu führt, dass sich professionelle Sicherheitsdienstleister von Ausschreibungen zurückziehen. Mit Unterstützung der EU müssen die Mitgliedstaaten dieses Problem angehen und einheitliche Haftungsregelungen einführen.
- Die CoESS soll die Aufnahme von Industriestandards, die auf Qualität ausgerichtet sind, weiter entwickeln und fördern.

VERTRAUEN: Vertrauensbildung ist die Grundlage für ÖPPs. Ohne Vertrauen gibt es keine sinnvolle Zusammenarbeit und keinen Austausch von Informationen.

- Die Rolle der Handelsverbände und -kammern, die die Interessen der PSDs vertreten, muss im Dialog mit den Behörden anerkannt werden. Insbesondere sollte bei einer Ausschreibung die dafür zuständige Behörde mit den Handelsverbänden und Gewerkschaften prüfen, ob die Formulierung die rechtlichen, administrativen, steuerlichen und sozialen Auflagen erfüllt.
- Die Rolle und Verantwortlichkeiten der Sicherheitsbehörden und PSDs müssen eindeutig vorgegeben sein, damit die Erwartungshaltung auf beiden Seiten klar ist.
- Es muss ein Rahmen für die regelmäßige Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden und PSDs geschaffen werden: Format, Regelmäßigkeit und Inhalt der ausgetauschten Informationen sowie die verantwortlichen Ansprechpartner sind zu bestimmen.
- Die ÖPP muss regelmäßig auf der Grundlage des „Plan Do Check Act“-Modells (Planen – Umsetzen – Überprüfen – Handeln) bewertet und verbessert werden.
- Damit die ÖPP funktioniert, muss von allen Beteiligten eine „Sicherheitsketten-Mentalität“ geteilt werden. Das ist eine Herausforderung, die beispielsweise im niederländischen Projekt zum Informationsaustausch hervorgehoben wird. In so einem Fall helfen regelmäßige Treffen dabei, dass sich die Menschen allmählich kennenlernen und gegenseitig vertrauen. Das gegenseitige Teilen von Erfolgen ist auch eine Möglichkeit, das Gefühl zu verstärken, dass man „gemeinsam an einer Sache arbeitet“. Die Verantwortung für die Entwicklung und Aufrechterhaltung dieser „Sicherheitsketten-Mentalität“ sollte auf der Führungsebene liegen.
- Es gibt keinen Rahmen für ÖPPs und den Informationsaustausch auf EU-Ebene. Es sollte zumindest gemeinsame EU-Empfehlungen für die Mitgliedstaaten geben, um Hindernisse für ÖPPs zu beseitigen. Die Bemühungen, diese Hindernisse zunächst im Detail zu bewerten, sollten auf EU-Ebene, beispielsweise in entsprechenden Expertengruppen wie dem EU Operators Forum, verstärkt werden.

Richtlinien für ÖPPs im Bereich Sicherheit

Schritt 1: Sicherstellung der Bestbieter-Vergabe

- Öffentliche und private Auftraggeber sollten sicherstellen, dass im Rahmen der Ausschreibung (1) die Gesetze und Verpflichtungen der PSDs, (2) das MEAT-Prinzip sowie (3) die Tarifverträge und (4) alle relevanten Standards befolgt bzw. eingehalten werden.
- Die Auftraggeber sollten die zuständigen Wirtschaftsverbände oder -kammern und Gewerkschaften konsultieren.
- Die Mitgliedstaaten sollten eine Beobachtungsstelle einrichten, die zu 50 % aus Gewerkschaften und zu 50 % aus Wirtschaftsverbänden besteht und die unter dem Vorsitz von Behörden steht, die eine Marktüberwachungsfunktion ausüben. Solche Beobachtungsstellen gibt es in Spanien und Portugal.

Schritt 2: Erstellung umfassender ÖPP-Vereinbarungen

- Der Umfang der Zusammenarbeit sowie klare operative und messbare Ziele – und die Verpflichtung jeder Partei, diese zu erreichen – sind zu bestimmen.
- Die Rollen, Verantwortlichkeiten/Verbindlichkeiten und Aufgaben jeder Partei sind zu beschreiben und die Erwartungen an die Sicherheitsbehörden, den PSD und den Kunden sind zu klären.
- Verfahren und Abläufe für die operative Zusammenarbeit sind zu bestimmen.
- Informationsaustauschprozesse (Zeitpunkt, Format, Kontaktstellen) und Geheimhaltungsgrade für Informationen, die ausgetauscht werden können/müssen, sind festzulegen.
- Kontaktstellen und Treffen, bei denen Sicherheitsbehörden und PSDs Informationen und Erfahrungen austauschen und notwendiges Feedback geben können, sind festzulegen.
- Regelmäßige Treffen und Besprechungen mit Teilnehmern aus der Führungsetage und projektrelevanten Personen (ständige Mitglieder und Ad-hoc-Mitglieder) müssen installiert werden.
- Formate und Abläufe für die Treffen müssen vereinbart werden, wobei Raum für Feedback und Verbesserung gelassen werden muss.

Schritt 3: Förderung und Umsetzung von Programmen zum Sicherheitsbewusstsein sowie zur Sicherheitskultur und -ausbildung im Rahmen der ÖPPs

Die Parteien sollten je nach Zielgruppe den Bedarf an Sicherheitsbewusstsein, -kultur und -ausbildung in dem Umfeld, das von der ÖPP abgedeckt wird, ermitteln und erfüllen:

- Sicherheitsbewusstsein: Die Öffentlichkeit sollte ermutigt werden, verdächtige Verhaltensweisen oder Aktivitäten an eine zentrale Kontaktstelle zu melden.
- Sicherheitskultur: Die in dem Umfeld tätigen Mitarbeiter sollten für Sicherheitsangelegenheiten sensibilisiert werden und verstehen, dass sie Teil der Sicherheitskette sind, einschließlich Insider-Bedrohungen.
- Sicherheitstraining für bestimmte Gruppen von Sicherheitsmitarbeitern oder sicherheitsrelevantes Personal muss etabliert werden.

Ausgewählte Best Practice-Beispiele

Norwegen – Sentrum Modell[26]

Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Polizei und privaten Sicherheitsunternehmen ist ein allgemeines Ziel der Behörden. Zu den Kernaufgaben der norwegischen Polizei in ihrem Strategieplan für 2010-2015 gehörte die Entwicklung effektiver Kooperationslösungen mit anderen Akteuren und Dienstleistern. Damit wird der Forderung der Gesellschaft nach Stabilität, Sicherheit und effektiver Verbrechensbekämpfung nachgekommen. Es ist auch eine Forderung des norwegischen Parlaments, dass eine lokale Polizei mit guten Ortskenntnissen und einer breiten Schnittstelle zu örtlichen Gemeinden und Bürgern vorhanden ist.

Das seit Anfang der 2010er Jahre laufende Modell „Sentrum“ in Oslo hat verschiedene Bereiche für die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Sicherheitswirtschaft, Teilnehmern des öffentlichen Sektors und Freiwilligenorganisationen entwickelt, darunter auch ein Treffen der privaten Sicherheitskräfte und ein Türsteher-Treffen. Ein weiteres wichtiges Element der Zusammenarbeit ist die Entwicklung spezieller Analyseformen. Diese Zusammenarbeit betrifft auch Einkaufszentren und das städtische Umfeld.

Die PSDs haben den Vorteil der Erfassung und Analyse krimineller Aktivitäten erkannt – insbesondere in Gebieten und Standorten mit anhaltenden Herausforderungen. Hier haben die speziellen Analyseformulare dazu beigetragen, das Verständnis von wissensbasierten Strategien und zielorientierter Führung zu verbessern – mit weniger Fokus auf kurzfristige Notfalllösungen.

Die Treffen der privaten Sicherheitskräfte haben noch eine weitere wichtige Funktion – nämlich die Senkung der Kontaktschwelle und das bessere Verständnis der Parteien für die Rolle und Funktionen des anderen. Die Erfahrung zeigt, dass das Sentrum-Modell dazu beigetragen hat, einen offenen und ehrlichen Dialog zwischen den Teilnehmern herzustellen.

Das Treffen zwischen der Polizei und den PSDs findet einmal pro Woche auf der Polizeistation Sentrum statt. Das Personal der Polizeistationen Sentrum und Grønland sowie Mitarbeiter verschiedener Abteilungen nehmen daran teil, abhängig von aktuellen Vorkommnissen oder Kriminalfällen.

Die Polizei ist für die Leitung der Treffen mit den privaten Sicherheitskräften und das Sitzungsprotokoll verantwortlich, das nach jedem Treffen an alle Teilnehmer verteilt wird. Die Analyse- und Informationsformulare werden von den PSDs bearbeitet. Jeder PSD reicht das Formular spätestens einen Tag vor der Sitzung ein. Die Informationen werden von der Polizei vor dem Treffen überprüft und entweder in der Plenarsitzung oder in einem separaten Meeting mit dem betreffenden PSD diskutiert.

Die Erfolgskriterien waren:

- → Die Polizei ist für die Durchführung und Leitung der Treffen verantwortlich.
- → Festgelegte wöchentliche Treffen.
- → Die Teilnehmer reichen ihre Formulare vor dem Meeting ein.
- → Nachbesprechung/Nachverfolgung von Fällen und Bewertung von Ereignissen.
- → Die Teilnehmer kommen aus der Führungsebene.

[26] Quelle: Police and security industry guide, Politiet Oslo Politidistrikt/NHO Service, Oslo 20.10.2016, Version 2.1

Ein praktisches Beispiel für diese Zusammenarbeit ist der Einsatz in Einkaufszentren. Polizei und PSDs tragen bezüglich der Sicherheit die gemeinsame Verantwortung. So beobachten beispielsweise private Sicherheitskräfte Aktivitäten, die auf Straftaten oder Sicherheitsbedrohungen hinweisen können. Sie melden dies der Polizei über das Benachrichtigungsformular. Eine ähnliche Regelung gibt es auch für städtische Umgebungen, mit privaten Sicherheitskräften, die in dicht besiedelten, für die Öffentlichkeit zugänglichen Stadtteilen patrouillieren. Zu ihren Aufgaben in diesem Umfeld gehören:

- Beobachtung und Meldung von Drogenhandel.
- Menschen, die den Frieden stören (Lärm etc.), auffordern, ihr Verhalten einzustellen oder den Bereich zu verlassen.
- Beobachtung von Gewaltakten, einschließlich Überfälle/Kämpfe. In diesem Fall muss die Polizei unverzüglich benachrichtigt werden. Die Mitarbeiter der PSDs sind aber auch berechtigt – unter Berücksichtigung ihrer eigenen Sicherheit – einzugreifen.

Niederlande – Oog en Oor[27]

Das hier beschriebene Beispiel ist eines von zehn Projekten, die in einer Broschüre des niederländischen Handelsverbandes für private Sicherheit (Nederlandse Veiligheidsbranche) vorgestellt wurden, die sich mit dem Informationsaustausch zwischen Polizei und PSDs befasst.

Das Projekt „Oog en Oor“ im Hafen von Rotterdam ist eine Kooperation zwischen der Hafenpolizei und zwei PSDs.

Hintergrund des Projekts war die Schwierigkeit, auf Zwischenfälle zu reagieren, bei denen lediglich fragmentierte und daher nicht verfügbare Informationen vorliegen, sodass nicht angemessen reagiert werden konnte. Es wurde beschlossen, einen gemeinsamen Informationsaustausch in Echtzeit zwischen den Partnern der Sicherheitskette einzurichten. Die Polizei lieferte Informationen über verdächtige Fahrzeuge, Waren, Personen, Aufnahmen und Vorgehensweisen, mit denen die PSDs vertraut sein sollten, um die Hafenumgebung schützen zu können. Und die PSDs berichteten über Beobachtungen, die für die Polizei relevant waren. Der Informationsaustausch erfolgte über eine eigens für dieses Projekt eingerichtete Internetplattform.

Im Allgemeinen hat dieses Projekt die Polizei und die privaten Sicherheitskräfte für verdächtige Aktivitäten sensibilisiert, die Plattform wird als benutzerfreundlich und ansprechend beschrieben. Die Anzahl der Augen und Ohren im Hafenbereich wurde dadurch deutlich erhöht. Auch die Reaktionsfähigkeit und Eigeninitiative sind gestiegen. Die PSDs berichteten, dass sich das Feedback der Polizei positiv auf die beteiligten privaten Sicherheitskräfte ausgewirkt hat und sie sogar bei ihren Pendelfahrten genauer auf verdächtige Aktivitäten geachtet haben.

Der Projektbericht hebt die Notwendigkeit hervor, Feedback über die Weiterverfolgung von Fällen zu geben, um die Motivation der PSD-Mitarbeiter aufrechtzuerhalten und ihnen weiter das Gefühl zu geben, „gemeinsam daran beteiligt zu sein“.

Italien - Mille Occhi sulla città[28]

Diese Initiative wurde erstmals 2010 gestartet. Es handelt sich hierbei um ein Protokoll zwischen der Regierung (Innenministerium), dem Verband der italienischen Gemeinden und mehreren privaten Sicherheitsunternehmen.

Die Vereinbarung basiert auf folgenden Erkenntnissen:

- Die Sicherheit der Bürger ist ein Allgemeingut, dessen Schutz das synergetische Handeln von Behörden und dem Privatsektor erfordert.
- Die Koordination öffentlicher und privater Initiativen muss Teil eines „Sicherheitssystems“ sein, das den Grundsätzen der Koordinierung und Subsidiarität unterliegt.

[27] Wörtlich „Auge und Ohr“.

[28] Wörtlich „Tausend Augen auf die Stadt“, mehr dazu unter: http://legacoop.produzione-servizi.coop/protocollo-mille-occhi-sulla-citta-aperto-tavolo-tecnico-per-rinnovo/

- Es muss „ein Höchstmaß an Zusammenarbeit zwischen den für die öffentliche Sicherheit zuständigen Behörden, den nationalen (und lokalen) Polizeikräften sowie den PSDs, die eine Ergänzung zur öffentlichen Sicherheit darstellen, erreicht werden.“

Über 50 Städte in ganz Italien haben das Programm seit Anfang der 2010er Jahre umgesetzt, und diese Zahl nimmt weiter zu.

Die Vereinbarung besagt, dass die privaten Sicherheitsunternehmen im Rahmen ihrer „ergänzenden Sicherheitsaktivitäten“ Beobachtungsaufgaben wahrnehmen und Informationen sammeln können, die für die Polizeikräfte relevant und nützlich sind, um Verbrechen zu verhindern. In dem Dokument ist festgelegt, dass die PSDs dabei keine öffentlichen Funktionen übernehmen dürfen. Die Art der Informationen wird nicht im Detail beschrieben, aber es handelt sich hier um Informationen zur öffentlichen Ordnung und Sicherheit, einschließlich Umweltfaktoren, die die städtische Sicherheit beeinträchtigen können.

Kriterien und Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten werden in den Vereinbarungen, die 2010 unterzeichnet wurden, genauer beschrieben. Diese wurden 2013 und 2019 ohne Änderungen erneuert. Inhalt und Umsetzung werden an einem „technischen Tisch“ diskutiert, der auch für die Standardisierung von Verfahren und Technologien zur Informationsvermittlung zuständig ist. Der „technische Tisch“ wird von der Zentraldirektion der Kriminalpolizei koordiniert.

Die Mitarbeiter der privaten Sicherheitskräfte können gegebenenfalls an Polizeischulungsprogrammen teilnehmen, um ihre Informationssammlung und Berichterstattung durchführen zu können.

Das Programm wird von den Behörden überwacht und bewertet, es werden Vorschläge zu seiner Verbesserung unterbreitet, die von den öffentlichen und privaten Interessengruppen diskutiert werden.

Einsatzmerkmale: Polizeiliche Kontrollstellen leiten relevante Informationen an Kontrollstellen der privaten Sicherheit weiter, sodass diese die zuständigen Sicherheitsmitarbeiter alarmieren. Dadurch wird die Zahl der Kräfte erhöht, die kritische Situationen beobachten können. Dies geschieht unter der Voraussetzung, dass die Informationen nicht unter Geheimhaltung stehen oder anderen Beschränkungen unterliegen und den Richtlinien der DSGVO entsprechen.

Beispiele für ausgetauschte Informationen sind:

- Verdächtige Fahrzeuge oder Personen.
- Mögliche Tatverdächtige auf der Flucht.
- Diebstahl von Fahrzeugen.
- Unterstützung für Menschen: Kinder, ältere oder verwirrte Menschen oder Menschen, die Hilfe benötigen.
- Hindernisse auf Straßen oder Wegen.
- Unterbrechungen der Energieversorgung.
- Jede andere Situation, bei der der Verdacht auf eine mögliche Straftat besteht.
- Signifikante urbane Verwahrlosung oder soziale Unruhen.

Gemeinsam vorwärts für ein resilienteres Europa

Kapitel 4

EMPFEHLUNGEN UND
VERPFLICHTUNGEN FÜR 2019-2024

1. Die Europäische Sicherheitsunion

Die Europäische Kommission und das Parlament haben mit der Sicherheitsunion und dem Sonderausschuss Terrorismus einen erheblichen Mehrwert bei der Entwicklung der Sicherheitspolitik und bei der Formulierung von Empfehlungen an die Mitgliedstaaten geleistet. Der Europäische Rat hat in seiner *Strategischen Agenda* für 2019-2024 den Schutz der Bürger und der Freiheit zu den obersten Prioritäten für die kommende Legislaturperiode erklärt.

Es ist Sache aller europäischen Institutionen und Interessenvertreter, die hierfür nötige Arbeit zu leisten und den in der vergangenen Legislaturperiode eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die CoESS setzt sich voll und ganz für dieses Gemeinschaftswerk ein, indem sie ihr Fachwissen und ihre Erfahrung einbringt.

2. Rechtsrahmen für eine Haftungsregelung bei Terrorakten

In vielen Ländern sind PSDs nicht in der Lage, im Falle eines Zwischenfalls eventuellen Ansprüchen Dritter nachzukommen, da es sich um Beträge handeln könnte, die den verfügbaren Versicherungsschutz übersteigen – was dazu führt, dass sich professionelle Sicherheitsdienstleister von Ausschreibungen zurückziehen.

Nur ein Ansatz auf EU-Ebene kann dieses Problem effizient lösen und eine einheitliche Haftungsregelung schaffen. Private Sicherheitsdienste sollten nach Terroranschlägen nicht unbeschränkt haftbar sein.

Die CoESS verpflichtet sich, Vorschläge für eine geeignete Haftungsregelung zu unterbreiten.

3. Europäischer Rahmen für den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen

Die private Sicherheit und die Polizei sollten in der Lage sein, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit Informationen in einem festgelegten Rechtsrahmen auszutauschen, der die Datensicherheit und Vertraulichkeit gewährt. Private Sicherheitskräfte müssen sich aller bestehenden Sicherheitsrisiken bewusst sein, um Aufträge effektiv durchführen zu können, gleichzeitig sind sie in der Lage, dabei relevante Informationen an die Polizei zu führen.

Die CoESS fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, die nationalen Hindernisse für den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen zu bewerten. Ebenso muss die Empfehlung des Europäischen Rates (2002/C 153/01) nach 17 Jahren endlich umgesetzt werden.
Die CoESS verpflichtet sich, diese Angelegenheit im Rahmen des EU Operator Forum vorzutragen und bewährte Verfahren sowie konkrete Vorschläge zur Umsetzung zu sammeln.

4. Bekämpfung des Fachkräftemangels durch eine hochwertige Aus- und Weiterbildung

Der Mangel an Fachkräften und Qualifikationsdefizite sind eine existenzielle Herausforderung für die europäische Wirtschaft. Neben der Hochschulbildung sind eine Aus- und Weiterbildung besonders wichtig, um jungen Menschen die auf dem Arbeitsmarkt benötigten Fachkenntnisse zu vermitteln und insbesondere älteren Arbeitnehmern Weiter- und Umschulungsmöglichkeiten zu bieten.

Es ist wichtig, dass die EU ihre Mitgliedstaaten weiterhin im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern unterstützt, die Aufnahme, Qualitätssicherung und Finanzierung von Aus- und Weiterbildung zu verbessern.

Die CoESS wird gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden, BusinessEurope und ihrem Sozialpartner UNI Europa in dieser Angelegenheit weiterhin proaktive Schritte unternehmen.

5. Durchsetzung der Auftragsvergabe im Sicherheits-sektor an den Bestbieter

Die Vergabe öffentlicher Aufträge an seriöse Sicherheitsdienste kann Leben retten. Stabile Sicherheitsmaßnahmen beginnen bei der Auswahl von Sicherheitsanbietern, die allgemeine Qualitätskriterien und -standards erfüllen. Aber nur wenige Mitgliedstaaten haben bisher Maßnahmen ergriffen und festgelegt, dass Ausschreibungskriterien im Bereich der öffentlichen Sicherheit zu 50 % auf Qualität basieren sollen.

Die Europäische Kommission muss ihre Strategie zur Vergabe öffentlicher Aufträge vom Oktober 2017 fortsetzen und, mit Unterstützung des Parlaments, die Mitgliedstaaten ermutigen, die Richtlinie 2014/24/EG besser umzusetzen. Dies kann durch bestehende EU-Normen für Dienstleistungen (CEN TC 447) und private Sicherheit (CEN TC 439) erleichtert werden.

Die CoESS wird sich weiterhin für qualitativ hochwertige Branchenstandards einsetzen und die Auftraggeber dahingehend ermutigen, dass sie bei der Vergabe von privaten Sicherheitsaufträgen das Bestbieter-Prinzip anwenden.[29]

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis und ein Grundrecht für jeden europäischen Bürger. In unserer globalisierten Welt ist sie eine Voraussetzung für die Entwicklung unserer Gesellschaft und das Wachstum unserer Unternehmen, aber auch eine elementare Voraussetzung für die Förderung einer proeuropäischen und demokratischen Union. In Zukunft muss die EU die Widerstandsfähigkeit verbessern und weiterhin für Sicherheit im öffentlichen Raum, in kritischen Infrastrukturen und im täglichen Leben der Menschen sorgen.

Als Stimme der privaten Sicherheitswirtschaft, die in Europa über 45 000 Unternehmen mit rund 2 Millionen lizenzierten Sicherheitsmitarbeitern vertritt, ist die CoESS – zusammen mit ihrem korrespondierenden Mitglied ASSA-i – ein stark engagierter Partner der Institutionen. Seit 30 Jahren besteht ihre Aufgabe darin, einen Mehrwert für die europäische Politik zu schaffen und eine Union zu unterstützen, die auf die zahlreichen Chancen und Herausforderungen gut vorbereitet ist.

6. Europ. Mindeststandards für die Ausbildung von Sicherheitskräften im Verkehrsbereich

Obwohl der Land-, See- und Luftverkehr in Europa eine wichtige grenzüberschreitende Dimension aufweist, unterscheiden sich die Ausbildungsanforderungen für Sicherheitspersonal in den EU-Mitgliedstaaten erheblich – ein entscheidendes Defizit bei der grenzüberschreitenden Verkehrssicherheit.

Die CoESS empfiehlt der Europäischen Kommission dringend, die mangelnde Harmonisierung bei den Grundausbildungskriterien für Sicherheitspersonal, das an grenzüberschreitenden Verkehrsknotenpunkten tätig ist, zu evaluieren und die festgestellten Sicherheitslücken zu schließen.

[29] Um die öffentliche Vergabe von Sicherheitsaufträgen zu professionalisieren, hat die CoESS in Zusammenarbeit mit UNI Europa und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission ein „Bestbieter"-Handbuch veröffentlicht, das unter www.securebestvalue.org. zu finden ist.

7. Aktualisierung des EU-Luftfahrt-Sicherheitsrahmens

Gemeinsame Vorschriften für die Luftsicherheit, nämlich die Verordnungen 300/2008 und 2015/1998, werden in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgelegt. Länder, die diese nicht so genau nehmen, reißen eine Lücke in die Sicherheitskette. Darüber hinaus muss sich die Gesetzgebung mit neuen Risiken wie Insider-Bedrohungen, ABC-Gefahren, nicht metallischen Waffen, Drohnen und Cyberangriffen befassen.

Es ist entscheidend, dass die Kommission bei der künftigen Luftfahrtstrategie weitere Fortschritte macht. Die CoESS verpflichtet sich, gemeinsam mit der ASSA-i über die Expertengruppe für Flugsicherheit SAGAS einen Beitrag zu diesem Prozess zu leisten.

8. Überarbeitung der Richtlinie zum Schutz kritischer Infrastrukturen

Die CoESS begrüßt die kürzlich veröffentlichte Bewertung der Richtlinie 2008/114/EG. Es wird eine ehrgeizige Weiterverfolgung empfohlen, die eine einheitlichere Definition aller kritischen Infrastrukturen und Risikobewertungen in den Mitgliedstaaten und einen erweiterten Geltungsbereich der Richtlinie umfasst.

Um den Schutz kritischer Infrastrukturen (SKI) zu verbessern, sollten mindestens 60 % der Kriterien in den SKI-Auftragsausschreibungen zwingend auf die Qualität und die genauen Rollen und Verantwortlichkeiten des Sicherheitspersonals ausgerichtet sein. Der SKI erfordert zudem eine enge öffentlich-private Zusammenarbeit.

Die CoESS verpflichtet sich, ihre Arbeit an einer übergreifenden Norm für Sicherheitsdienstleister für kritische Infrastrukturen innerhalb des CEN TC 439 – dem Technischen Komitee des CEN für Private Sicherheitsdienste – fortzusetzen.

9. Ein starker Innerer Sicherheitsfonds (ISF)

Der ISF ist ein wichtiger Pfeiler der Sicherheitspolitik und der Terrorismusbekämpfung der EU. In diesem Zusammenhang fordert die CoESS einen starken zukünftigen ISF, der den Verwaltungsaufwand für die Antragsteller verringert, die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor stärkt und flexibel und effizient auf neu auftretende Sicherheitsprobleme, insbesondere in Bezug auf öffentliche Räume und kritische Infrastrukturen, reagiert – einschließlich einer entsprechenden Finanzausstattung.

Die CoESS unterstützt den Bericht des Parlaments zum Vorschlag der Kommission hinsichtlich der Einrichtung des ISF im nächsten langfristigen EU-Haushalt und fordert die Mitgesetzgeber auf, eine rasche Einigung sowohl beim mehrjährigen Finanzrahmen als auch künftigen ISF zu erzielen.

Nach einem sehr gut angenommenen, vom ISF finanzierten Projekt zur Insider-Bedrohung (AITRAP 2017-2018) wird die CoESS weiterhin konstruktiv zur Ermittlung des ISF-Finanzierungsbedarfs beitragen, einen Mehrwert innerhalb von ISF-Projekten beisteuern und Ergebnisse zum Nutzen der Gesellschaft liefern.

10. Stärkung des sozialen Dialogs

Ein starker sozialer Dialog ist von entscheidender Bedeutung, um sich den Herausforderungen des Arbeitsmarktes, einschließlich des Fachkräftemangels und der sich verändernden Arbeitsbedingungen, stellen zu können. In der Praxis wissen die Sozialpartner am besten, wie diese Herausforderungen zu bewältigen sind. Die Rolle der Sozialpartner, die bestehenden Tarifverträge und das Subsidiaritätsprinzip müssen respektiert werden.

Der soziale Dialog sollte gestärkt und bei Bedarf europaweit durch den ESF+ (Europäischer Sozialfonds +) wirksam finanziert werden.

Die CoESS engagiert sich für den sozialen Dialog mit UNI Europa und unterstützt ihre Mitgliedsverbände weiterhin bei der Stärkung (oder in bestimmten Fällen beim Aufbau) nationaler sozialer Dialoge.

Über die CoESS

Die **CoESS** – der Verband der europäischen **Sicherheitsdienstleistungsunternehmen** – repräsentiert die private Sicherheitswirtschaft. Sie hat Mitglieder in **17 EU-Mitgliedsstaaten** und in insgesamt 23 europäischen Ländern. Somit vertritt die CoESS ca. **45 000 private Sicherheitsunternehmen** mit **etwa 2 Millionen Sicherheitskräften**. Die europäische private Sicherheitswirtschaft setzt im Jahr rund € 40 Milliarden um. Die CoESS ist Mitglied von BusinessEurope.

Die privaten Sicherheitsdienstleister bieten eine breite Palette von Dienstleistungen sowohl für private als auch für öffentliche Kunden an, die von [der Bewachung von] Gebäuden der Europäischen Union über Kernkraftwerke, Flughäfen, Einrichtungen kritischer Infrastrukturen, intermodale Verkehrsknotenpunkte, Haltestellen und Bereichen des öffentlichen Verkehrs bis hin zu nationalen Regierungsbehörden und Institutionen (wie Flüchtlingsunterkünften, öffentliche Krankenhäuser, Universitäten usw.) reichen.

Gemäß der Definition in der Norm CEN EN 15602 über „Sicherheitsdienstleister – Terminologie“ ist ein „privates Sicherheitsunternehmen“ eines, das private Sicherheitsdienste anbietet. Gemäß dieser Norm zielen die Dienstleistungen von Sicherheitsunternehmen auf den Schutz von Personen, Eigentum und Vermögenswerten ab. Diese können die folgenden Dienstleistungen umfassen (nicht abschließende Aufzählung):

- Personelle Bewachung - Zugangs-/Ausgangskontrolle, Flughafensicherheitskontrollen, bewaffnete Sicherheitsdienste, Hafensicherheitskontrollen, Empfangssicherheit, Standortsicherheit, Objektschutz, Schutz vor Ladendieben.
- Mobile Kontrollfahrten und mobile Standortkontrolle.
- Alarmverfolgung - Alarme, Überwachungs- und Alarmempfangsstelle, Betreiben der Alarmempfangs- und Überwachungsstelle, Alarmreaktion.
- Schlüsselaufbewahrung und Schlüsselverwaltung.
- Veranstaltungssicherheit - Kontrolle von Menschenmengen.
- Einlasskontrolle und Aufsicht.
- Personenschutz.
- Öffentliche Ordnungsdienste – Stadtpatrouillen, Verkehrssicherheit.

Militärdienste sind davon ausgeschlossen.

coess.org

Über die ASSA-i

Die Aviation Security Services Association – international (ASSA-i) ist korrespondierendes Mitglied der CoESS und vertritt private Sicherheitsunternehmen, die Sicherheitsdienstleistungen an Flughäfen erbringen. Die Tätigkeiten der Mitglieder sind international ausgerichtet und umfassen die Überwachung und den Schutz der Zivilluftfahrt, insbesondere die Kontrolle von Personen, Gepäck und Fracht, sowie alle anderen relevanten Sicherheitsmaßnahmen.

assa-i.org

Weiterführende Literatur

CoESS/UNI Europa: Anticipating, Preparing and Managing Employment Change in the Private Security Industry, 2018 (gefördert von der Europäischen Kommission).

ASSA-i: Chemical Threats to Civil Aviation, 2018.

CoESS: Best Practices in Transport Security, 2017.

CoESS: The Use of UAs in Private Security, 2017.

CoESS: Critical Infrastructure Security and Protection – the Public-Private Opportunity, 2016.

ASSA-i: Position Paper on the EU Aviation Strategy, 2016.

CoESS: The New Security Company, 2015.

CoESS/UNI Europa: Buying Quality Private Security Services, 2014 (gefördert von der Europäischen Kommission).

Weitere Informationen unter **www.coess.org** und **www.assa-i.org**

Bildnachweis:
© iStock: AndreyPopov, gorodenkoff, quavondo, artJazz, Rawpixel
© Shutterstock: Michael Dechev, Dmitry Kalinovsky, pixinoo, Pressmaster, blurAZ
© Depositphotos: jamesgroup, Rawpixel

SECURI

POLICE

Wir geben der **Sicherheitswirtschaft** eine Stimme

CoESS – Verband der europäischen Sicherheitsdienstleister

coess.org

CoESS – Verband der europäischen Sicherheitsdienstleister
Jan Bogemansstraat | rue Jan Bogemans 249
B-1780 Wemmel
Belgien

Herausgeber

Catherine Piana | Director General
catherine@coess.eu | T +32 472 18 01 07

acapella.be